

## 9 Tagesordnung, öffentlich

**Nagl:**

Ich darf Sie nun bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen, weil die Fragestunde schon beendet ist. Im Vorfeld wurden wieder jene Stücke durch die Klubobleute abgestimmt, die als beschlossen gelten. Es sind dies die Stücke 3, in allen Punkten, a, b, c, d, einstimmig, Stück 4, 5 einstimmig. Beim Stück 6 möchte ich darauf hinweisen, dass im Punkt 3 die Aufhebung der Vorbehaltsfläche abzustimmen ist und das wir dafür eine 2/3-Mehrheit brauchen. Dann ist auch beschlossen das Stück Nr. 17 einstimmig, 18 einstimmig, 19 abgesetzt, 20 einstimmig, 22 einstimmig, und dass war es auch schon im öffentlichen Bereich. Ich darf nun gleich zum ersten Stück kommen und Herrn Stadtrat Mag. Krotzer um Berichterstattung ersuchen.

En bloc:

- |   |  |
|---|--|
| <b>a) Stk. 3) A 8/4 - 53420/2016<br/>A 8/4 - 71943/2016<br/>A 8/4 – 25469/2018<br/>A 8/4 – 44338/2018<br/>a) A 8/4 – 53420/2016</b> | <b>Übernahme von Teilflächen sowie ganzen Grundstücken in das Öffentliche Gut der Stadt Graz,<br/>S a m m e l a n t r a g<br/>Burgfriedweg, Geh- und Radweg,<br/>Übernahme des Gdst. Nr. 178/30, EZ 648,<br/>KG Waltendorf, mit einer Fläche von<br/>107 m<sup>2</sup> in das Öffentliche Gut der Stadt Graz</b> |
| <b>b) A 8/4 – 71943/2016</b>  | <b>Bärlauchweg – Straßenverbreiterung,<br/>Übernahme einer ca. 16 m<sup>2</sup> großen Tfl.<br/>Nr. 1 des Gdst. Nr. 109/3, EZ 1277, und<br/>einer ca. 24 m<sup>2</sup> großen Tfl. Nr. 2 des Gdst.<br/>Nr. 109/4, EZ 363, beide KG Rudersdorf<br/>in das Öffentliche Gut der Stadt Graz</b>                      |
| <b>c) A 8/4 – 25469/2018</b>  | <b>Fruhmannweg 6 – Grundstücksbereinigung,<br/>Übernahme der Gdst. Nr. 264 (73 m<sup>2</sup>), EZ 451<br/>und Gdst. Nr. 255 (11 m<sup>2</sup>) und Gdst. Nr. 263<br/>(129 m<sup>2</sup>), beide EZ 601, alle KG Graz Stadt-<br/>Messendorf, in das Öffentliche Gut der Stadt<br/>Graz</b>                        |

**d) A 8/4 – 44338/2018**

**Mittelstraße,  
Übernahme des Gdst. Nr. 108/5, EZ 35,  
KG Murfeld im Ausmaß von 517 m<sup>2</sup>  
in das Öffentliche Gut der Stadt Graz**

A 8/4 – 53420/2016 Burgfriedweg 107 m<sup>2</sup> Geh- und Radweg

A 8/4 – 71943/2016 Bärlauchweg ca. 40 m<sup>2</sup> Straßenverbreiterung

A 8/4 – 25469/2018 Fruhmannweg ca. 213 m<sup>2</sup> Grundstücksbereinigung

A 8/4 – 44338/2018 Mittelstraße 517 m<sup>2</sup> Grundstücksbereinigung

Die Übernahme der in den einzelnen Gemeinderatsanträgen detailliert angeführten Grundstücksflächen in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Ad. a) Die Übernahme des Gdst. Nr. 178/30, EZ 648, KG Waltendorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, welches aufgrund der EntschlieÙung vom 18.10.2018 durch Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler entgeltlich erworben wurde, wird genehmigt.

Ad. b) Die Übernahme einer ca. 16 m<sup>2</sup> großen Tfl. Nr. 1 des Gdst. Nr. 109/3, EZ 1277, und einer ca. 24 m<sup>2</sup> großen Tfl. Nr. 2 des Gdst. Nr. 109/4, EZ 363, je KG Rudersdorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, welche aufgrund der EntschlieÙung vom 10.10.2018 durch Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler erworben wurden, wird genehmigt.

Ad. c) Die Übernahme der Gdst. Nr. 264 (73 m<sup>2</sup>), innenliegend in der EZ 451 sowie Gdst. Nr. 255 (11 m<sup>2</sup>) und Gdst. Nr. 263 (129 m<sup>2</sup>), beide innenliegend in der EZ 601, je KG Graz Stadt-Messendorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, welche aufgrund der EntschlieÙung vom 18.10.2018 durch Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler unentgeltlich erworben wurden, wird genehmigt.

Ad. d)

- 1) Die unentgeltliche Abtretung des Gdst. Nr. 108/5, EZ 35, KG Murfeld, im unverbürgten Gesamtausmaß von 517 m<sup>2</sup>, aus der Verlassenschaft nach Herrn Anton Weissenberger, zuletzt wohnhaft Jakominiplatz 17, 8010 Graz, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.
- 2) Die Übernahme des in Pkt. 1 aus der Verlassenschaft nach Herrn Anton Weissenberger abgetretenen Grundstückes in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
- 3) Sämtliche mit dem grundbücherlichen Grunderwerb verbundenen Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu Lasten der Stadt Graz.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.1 Stk. 4) A 8/4- 65037 /2017**

**Domvorplatz, Hofgasse, Wert- und flächengleicher Grundtausch, Auflassung vom Öffentlichen Gut und Tausch einer ca. 139 m<sup>2</sup> großen Tfl. (Nr. 1) des Gdst. Nr. 930, EZ 50000, KG Innere Stadt gegen zwei insgesamt ca. 139 m<sup>2</sup> große Tfl. (Nr. 2, ca. 43 m<sup>2</sup> und Nr. 3, ca. 96 m<sup>2</sup>) des Gdst. Nr. 391, EZ 279, je KG Innere Stadt, und Übernahme dieser Flächen in das Öffentliche Gut der Stadt Graz**

1. Die Auflassung einer ca. 139 m<sup>2</sup> großen Tfl. (Nr. 1) des Gdst. Nr. 930, EZ 50000, KG Innere Stadt, aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
2. Der Grundtausch einer ca. 139 m<sup>2</sup> großen Tfl. (Nr. 1) des Gdst. Nr. 930, EZ 50000, KG Innere Stadt, gegen zwei insgesamt ca. 139 m<sup>2</sup> große Tfl. (Nr. 2, ca. 43 m<sup>2</sup> und Nr. 3, ca. 96 m<sup>2</sup>) des Gdst. Nr. 391, EZ 279, KG Innere Stadt aus dem Eigentum der „Römisch-katholischen Hof- und Domkirche zum hl.

Ägydius in Graz“ wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.

3. Für Vergebührungszwecke wird einvernehmlich ein Tauschwert von jeweils € 1.000,--, unabhängig vom jeweiligen Flächenausmaß festgelegt. Der Grundtausch erfolgt wertgleich und unentgeltlich.
4. Die Übernahme der zwei insgesamt ca. 139 m<sup>2</sup> großen Tlfl. (Nr. 2, ca. 43 m<sup>2</sup> und Nr. 3, ca. 96 m<sup>2</sup>) des Gdst. Nr. 391, EZ 279, KG Innere Stadt, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
5. Sämtliche mit der Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung des Vertrages bzw. der Herstellung der Grundbuchsordnung nach § 15 LTG verbundenen Kosten, Abgaben und Gebühren sowie die jeweils anfallende Grunderwerbsteuer und Immobilienertragssteuer hat jeder Vertragspartner für sich selbst zu tragen.
6. Die Vermessung, die Errichtung und die Herstellung der Grundbuchsordnung nach § 15 LTG erfolgt durch das A 10/6- Stadtvermessungsamt.
7. Die Errichtung des Tauschvertrages - wenn erforderlich - erfolgt durch die Stadt Graz, Präsidialamt - Referat für Zivilrechtsangelegenheiten.
8. Finanzierung:  
Die Bedeckung für den Tauschwert in der Höhe von € 1.000,-- ist sowohl auf der FIPOS 2/84000/001310 als auch auf der FIPOS 1/84000/001310 zu verbuchen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.2 Stk. 5) A10/BD -070523/2017-18**

**Straßenbahn Reininghaus  
Abbruch Bestandsobjekte und  
Bestandskeller UNESCO-Esplanade  
Übereinkommen**

1. Der vorstehende Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz stimmt dem einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildenden Übereinkommen zu. Diese Zustimmung bezieht sich auf folgende im Statut der Landeshauptstadt Graz dem Gemeinderat obliegenden Angelegenheiten:
  - gemäß § 45, Abs. 2, Zif. 11 des Statuts der Landeshauptstadt Graz die entgeltlose vorübergehende Grundinanspruchnahme von Öffentlichem Gut gemäß Pkt. VII des gegenständlichen Übereinkommens,
  - gemäß § 45, Abs. 2, Zif. 18 des Statuts der Landeshauptstadt Graz den Abschluss des gegenständlichen Übereinkommens.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.3 Stk. 17) A 8 -119719/2018-1**

**Abt. f. Grünraum und Gewässer und Straßenamt, Öffentliche Beleuchtung entlang der Mur,**

- 1. Projektgenehmigung über € 1.060.000 in der AOG 2019-2020,**
- 2. Budgetvorsorge für € 400.000 in der AOG 2019**

1. In der AOG 2019-2020 wird die Projektgenehmigung „Öffentliche Beleuchtung entlang der Mur“ über € 1.060.000, davon für 2019 € 400.000 und für 2020 € 660.000, erteilt. Die Bedeckung von € 1.060.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Infrastruktur. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.
2. In der AOG 2019 wird die neue Fipos 5.81600.050800 „Sonderanlagen, Beleuchtung Mur“

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 17. Jänner 2019

(Anordnungsbefugnis: A 10/1, Deckungsklasse: 10101) mit € 400.000 geschaffen und zur Bedeckung die Fipos 6.81600.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um denselben Betrag erhöht.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.4 Stk. 18) A 10/5 -114322/2018-0002 Lebensraum Mur:  
A 10/1-116231/2018-0001 Öffentliche Beleuchtung entlang der Mur von Tegetthoffbrücke bis südliche Stadtgrenze, Projektgenehmigung über EUR 1.060.000,--**

1. Der Gemeinderat nimmt diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Projektgenehmigung in der Höhe von EUR 1.060.000,-- für die Jahre 2019/2020 wird erteilt.
3. Das Straßenamt und die Abteilung Grünraum und Gewässer werden ermächtigt, die Projektgenehmigung mit ihren Partnern abzuwickeln.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.5 Stk. 20) A8 -119718/2018-10 Abt. f. Immobilien, Ankauf der Liegenschaft „Thalersee“, Budgetvorsorge über € 270.000,- in der AOG 2019**

1. In der AOG 2019 werden die Fiposse 5.84000.001000 „Unbebaute Grundstücke“ 6.84000.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ mit je € 270.000,- dotiert.

2. Die Projektgenehmigung „Südgürtel“ wird um € 270.000,- auf € 23.358.700,- reduziert.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.6 Stk. 22) A 16 - 019074/2009/0407 Änderung der Richtlinien für die Vergabe eines Congress Awards Graz**

Die diesem Gemeinderatsbericht als integrierender Bestandteil angeschlossenen „Richtlinien zur Vergabe des Congress Awards Graz“ werden genehmigt. Gemäß dieser Richtlinien beschließt der Stadtsenat die jeweiligen Preisträgerinnen und Preisträger, wobei die Jury aus Repräsentantinnen und Repräsentanten der angeführten Institutionen beschickt wird. Diese Richtlinien gelten ab sofort und kommen erstmals für die Auswahl zur Anerkennung des Congress Awards Graz des Jahres 2018 zur Anwendung. Die Verleihung der Preise findet 2019 statt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

***Vorsitzwechsel – StR. Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (13.40 Uhr).***

**Berichterstatter: StR. Mag. Krotzer**

- 9.7 Stk. 1) A5 -126012/2018-1 Überführung der Alltagsbegleitung in die Regelfinanzierung und Einbindung in die Finanzierungslogik der Länder analog zur Hauskrankenpflege, Petition an die zuständige Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz Frau Mag.<sup>a</sup> Beate Hartinger-Klein**

**Krotzer:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, werte Mitglieder des Gemeinderates, werte Zuhörerinnen und Zuhörer. Wir haben hier auf dem ersten Stück der Tagesordnung ein Stück, das sich auseinandersetzt mit der Alltagsbetreuung. Da das Thema Pflege gegenwärtig eines ist, das sowohl medial als auch politisch und öffentlich sehr stark diskutiert wird, erlaube ich mir, da kurz darauf hinzuweisen. Wir haben in Österreich die Situation, dass wir 940.000 Menschen haben, die Angehörige pflegen. In ihrer großen Mehrheit, zu fast 2/3 oder ¾, sind es Frauen, die hier diese Pflege Tätigkeit unbezahlt machen und vielfach leider unbedankt, wo aber auch sehr wichtig ist, dass hier nicht nur ein Dank kommt, sondern auch die Feststellung, dass die Pflege von Angehörigen Menschen sowohl psychisch als auch physisch eine sehr belastende Tätigkeit ist, eine sehr herausfordernde Tätigkeit ist und das es letztendlich auch der öffentlichen Hand obliegt, hier möglichst viele Angebote der Entlastung von pflegenden Angehörigen und der Unterstützung der pflegenden Angehörigen zu schaffen. Eine solche Entlastung und Unterstützung ist die Altersbetreuung. Das ist ein Konzept, das im Jänner 2018 gestartet ist. Nämlich geht es hier darum, dass man einen sogenannten vierten Dienst neben dem diplomierten, neben der Pflegeassistenz, neben der Heimhilfe, eben ein Entlastungsangebot für pflegende Angehörige. Das ist im Fall, dass ich jemanden pflege, stundenweise in Anspruch nehmen kann, um so dafür zu sorgen, dass ich einmal ins Theater gehen kann, dass ich einmal ins Kino gehen kann, dass ich auch einen Spaziergang machen kann, dass ich einfach Dinge machen kann, die ich sonst im Alltag nicht machen kann

und dieses Modell, das im Rahmen der Aktion 20.000 gestartet worden ist, das ist ja leider mit 2.1.2018 abrupt abgebrochen worden, wo wir aber doch zumindest 11 Alltagsbetreuer, -betreuerinnen in der Stadt haben und wo wir sehr positive Rückmeldungen der pflegenden Angehörigen bekommen und jetzt geht es darum, dass dieses Modell nur mehr bis zum Juli 2019 läuft und unser Petition richtet sich an die Frau Bundesministerin mit dem Ersuchen, das man dieses Modell der Alltagsbetreuung ausweitet, dass man das in die Regelfinanzierung aufnimmt und dass man hier auch ein paar Adaptierungen vornimmt, die die Praxis gezeigt hat, dass sie gewünscht sind von den pflegenden Angehörigen. Das man nicht nur vierstündige Blockangebote nehmen kann, sondern das auch für zwei Stunden und dass man auch den Kreis der Menschen, die in diese Berufssparte fallen, ausweitet, nämlich nicht nur Personen über 50 und nicht nur Personen, die seit mehr als 1 ½ Jahren arbeitslos sind, sondern dass man diesen Zugang ermöglicht. In diesem Sinne darf ich um Ihre Zustimmung ersuchen und hoffe, dass wir dann auch in Wien entsprechend Gehör finden. Danke.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz soll an die zuständige Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Frau Mag.<sup>a</sup> Beate Hartinger-Klein, mit dem Ersuchen herantreten, die Alltagsbegleitung gemäß Motivenbericht in die Regelfinanzierung zu übernehmen und analog zur Hauskrankenpflege in die Finanzierungslogik der Länder zu integrieren.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Hopper**

**9.8 Stk. 2) A5 -112431/2018**

**Verein „ERfA-Erfahrung für Alle; Verein für  
gemeinnützige Beschäftigung“;  
Aufwandsgenehmigung über insgesamt  
€ 690.200,-- für 2019 aus den Fipossen  
1.42900.728800 (€ 548.000,--), 1.42900.728810  
(€ 87.200,--) und 1.42910.728420 (€ 55.000,--)**

**Hopper:**

Geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste auf der Galerie. Ich darf hier noch einmal die Möglichkeit ergreifen und auch ein Stück, das ich letztes Jahr schon vorstellen durfte, hier noch einmal präsentieren. Es handelt sich dabei um die Vereinbarung, die jedes Jahr zwischen der ERfA – Erfahrung für Alle, Verein für gemeinnützige Beschäftigung, der uns allen hoffentlich ein Begriff ist, nehme ich einmal an, und der Stadt Graz abgewickelt wird, wo es um die Zuschüsse zum Geldmittelbedarf für Personal und Sachausgaben geht. Die Zusammenarbeit zwischen ERfA und der Stadt Graz läuft wirklich großartig und ich darf mich an dieser Stelle auch bei der Gerlinde Kohlroser und bei ihrem gesamten Team recht herzlich bedanken und vielleicht für alle, die im Ausschuss nicht dabei waren ein paar Zahlen aus dem letzten Jahr auch mitteilen, um einfach einmal ein wenig vor Augen zu führen, wie viel hier eigentlich auch geleistet wird. Es gibt drei Bereiche, zu denen wir auch, wie im letzten Jahr wieder Geldmittel zur Verfügung stellen werden. Der erste betrifft Betreuung und Beschäftigung von arbeitsmarktfernen Personen, wo 2018 188 Teilnehmer zusätzlich auch 5 Sozialstunden leisten, mitgearbeitet haben und insgesamt 24.000 Arbeitsstunden im letzten Jahr geleistet haben, was wirklich eine großartige Leistung ist und wo wir als Graz wirklich froh sein können, dass wir diese Kooperation auch haben. Das zweite Projekt, ein Erweiterungsprojekt, das noch nicht so lange existiert, betrifft die Nähwerkstatt, in der im letzten Jahr 21 Frauen in laufender Beschäftigung in 3250 Arbeitsstunden teilgenommen haben. Der Verein ERfA ist auch umgezogen inzwischen und man kann die Produkte, die in dieser Nähwerkstatt produziert werden, auch zu einem sehr schönen Preis kaufen und entweder verschenken, oder für all die

Damen im Raum, auch selber tragen. Es gibt großartige Kleidungsstücke auch dort, die ich sehr gerne habe.

Zum dritten Bereich, Arbeit für junge Menschen, Tischlereilehrlinge, das ist ein Bereich, in dem jedes Jahr jungen Menschen eine zusätzliche Ausbildungsmöglichkeit geboten wird und sieben junge Menschen haben im letzten Jahr hier auch eine Tischlereilehre abschließen können. Es handelt sich bei dem in diesem Stück zur Verfügung zu stellenden Geldmitteln um € 690.200, die sich aufsplitten auf die drei gerade erwähnten Projekte. Erstere ist die Betreuung und Beschäftigung von arbeitsmarktfernen Personen, beläuft sich auf 548.000 € in der Projektvereinbarung, die Nähwerkstatt auf € 87.200 und, wie gehabt, auch für die Arbeit mit den Tischlereilehrlingen bzw. die Ausbildung € 55.000. Ich hoffe, dass das Stück genauso wie im Ausschuss auch einheitlich angenommen wird und danke für die Aufmerksamkeit.

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Aufwandsgenehmigung zur Refundierung der damit verbundenen Personal- und Sachkosten an den Verein ERfA für 2019

- in der Höhe von € 548.000,-- für das Projekt „Betreuung und Beschäftigung von arbeitsmarktfernen Personen“ (die Bedeckung ist auf der FiPos 1.42900.728800 gegeben),
- in der Höhe von € 87.200,-- für das Projekt „Nähwerkstatt“, (Bedeckung ist auf der FiPos 1.42900.728810 gegeben) und
- in der Höhe von € 55.000,-- für das Projekt „Arbeit für junge Menschen – Tischlereilehrlinge“ (Bedeckung ist auf der FiPos 1.42910.728420 gegeben)

werden genehmigt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von € 690.200,-- sind im SAP unter der Beleg Nr. 700024614 auf den genannten Fipossen reserviert.

**Riegler:**

Um eben diese Aufmerksamkeit möchte ich bitten, wenn da Bericht erstattet wird, danke, Frau Gemeinderätin. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Ehmann. Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

**GR Ehmann:**

Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Gäste. Ein wichtiges Stück, Kollegin Anna Hopper hat es schon berichtet, betreffend Finanzierung, auch der Erhöhung, auch der Valorisierung in diesem Bereich der Beschäftigten. Eine gute Sache, ich kann hier heute Erfreuliches berichten. Wir haben uns im Ausschuss darüber unterhalten, ob der Betrag, der Zuschuss, die Stärkung des Landes für das Projekt, ein wichtiges Beschäftigungsprojekt und wichtiger Partner der Stadt, nicht noch mehr Zuwendung erhalten kann. Ich habe erfreuliche Nachrichten, die zuständige Landesrätin Doris Kampus hat sowieso vorgehabt und nutzt jetzt diese Gelegenheit hier der Aufstockung und es wird 2019 und 2020 anstatt der 52.000 zukünftig 85.000 für dieses Projekt seitens des Landes geben. Eine deutliche Erhöhung auch hier um weitere Ausgaben, wir haben es eh im Ausschuss auch diskutiert, Fahrzeuge etc. Hier leichter anschaffen zu können. Es wird zwar über das Sozialamt gemacht, aber sie können das Geld trotzdem brauchen. Also eine erfreuliche Entwicklung und das wollte ich aus aktuellem Anlass berichten und selbstverständlich wie im Ausschuss werden wir dem zustimmen.

***Der Antrag wurde mit einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: GR DI Topf**

**9.9 Stk. 6) A14-074353/2017/0012**

**04.31.0 Bebauungsplan „Lastenstraße -  
Bunsengasse - Mühlriegel - Peter-Tunner-  
Gasse“, IV. Bez., KG Lend**

**Topf:**

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Damen und Herren auf der Galerie. Hier geht es um den Bebauungsplan 04.31.0 Lastenstraße–Bunsengasse – Mühlriegel – Peter Tunner-Gasse. Die Ausgangslage wurde gestern sehr ausführlich dokumentiert und im Wesentlichen sind Stellungnahmen eingegangen, die die verkehrliche Erschließung betreffen, aber auch aus der Wasserwirtschaft ist eine Stellungnahme eingegangen und wir haben gestern dieses Stück ausführlich diskutiert. Insbesondere im Hinblick auch auf die Situation, wie dieser Siedlungsbereich, wie dieses Bebauungsplangebiet durch den öffentlichen Verkehr erschließbar wäre. Das wurde gestern im Ausschuss ausführlich diskutiert und insbesondere natürlich auch darüber nachgedacht, wie kann man diesen Bereich vielleicht auch in Zukunft besser an den ÖV anbinden. Da war die Diskussion, die Linie 40 ist schon zu bestimmten Zeiten voll ausgelastet und der Wunsch einer Nord-West-Linie ist gestern auch wieder massiv dokumentiert worden insbesondere, wenn wir in diese Richtung, in Richtung Nord-Westen, auch entsprechend baulich uns erweitern. Es ist schon angeführt worden, dass wir für den Punkt 3, die Aufhebung der Vorbehaltsflächen für kommunalen Wohnbau, das ist ja ein Punkt, der in den Flächenwidmungsplan hineingreift, wenn ich das so sagen darf, auch eine 2/3-Mehrheit brauchen. Ich denke aber, gerade dieser Aufhebung der Vorbehaltsfläche für den kommunalen Wohnbau wurde Rechnung getragen. Das heißt, diesem Stück entspricht dieser Bereich, dass hier vorzugsweise ein kommunaler Wohnbau stattfinden soll. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wie gesagt, die verkehrliche Situation ist durchaus befriedigend, weil natürlich auch vom Süden kommend die Smart-City-Linie, Straßenbahnanbindung, zwar in einer bestimmten Entfernung, man muss schon ein Stück zu Fuß gehen, um das zu erreichen, wenn ich das so sagen darf, aber immerhin wird in Zukunft auch hier eine

Straßenbahnanbindung hier stattfinden und hier zur Verfügung gestellt. Ich darf daher den Antrag vorlesen eben mit der Situation, Punkt 3 mit einer 2/3 Mehrheit beschließen zu wollen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 04.31.0 Bebauungsplan „Lastenstraße - Bunsengasse - Mühlriegel - Peter-Tunner-Gasse" bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen, und
3. die Aufhebung der Vorbehaltsfläche für kommunalen Wohnbau (Nr. VI.B), und
4. die Aufhebung folgender Aufschließerfordernisse des Aufschließergebietes (Nr. VI.13):

- Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz, Nachweis einer zweckmäßigen Verkehrsanbindung und der Verkehrssicherheit der äußeren Erschließung für alle Verkehrsarten (Motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Verkehr, Rad- und Fußverkehr).
- innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur)
- Maßnahmen zur Förderung der sanften Mobilität.
- Bebauungsplanpflicht, geordnete Siedlungsentwicklung, Erfordernis zur Schaffung zweckmäßig gestalteter Grundstücke, Einfügung in das Straßen-, Orts- und Landschaftsbild. Schaffung einer zusammenhängenden siedlungsöffentlichen Grünfläche im Ausmaß von rund 20 % der Fläche des Aufschließergebietes.

Das Aufschließergebiet (Nr. VI. 13) bleibt in Bezug auf folgende Aufschließerfordernisse.

- Lärmfreistellung gegenüber emittierendem Straßen- und Schienenverkehr sowie gegenüber emittierenden Gewerbe- und Industriebetrieben aufrecht.

GR Mag. **Muhr**:

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste auf der Galerie. Lieber Georg, du hast es ja schon ausgeführt hinsichtlich Anschließung an den öffentlichen Verkehr. Ja, stimmt, Smart City wird dort gebaut, es ist nur die Frage, wann, wie und wann das Ganze realisiert wird. Ebenso steht drinnen in den Einwendungen, dass die Buslinien zwar vorhanden sind, aber sie sind auch hoffnungslos überfüllt. Ein weiterer Punkt ist der Bahnhofgürtel, der natürlich auch zur Debatte steht, denn es ist ein Gefahrenpotential für alle Fußgänger, dass man dort überhaupt zu den Fußgängern kommt und da gibt es ein Projekt, das umgesetzt werden soll, aber da ist auch noch offen, bis wann das erfolgen sollte. Drinnen steht zwar 2025, aber es ist ein Projekt der ÖBB, also sind sehr viele Fragezeichen hinsichtlich des Verkehrs und aus diesem Grunde werden wir diesmal dem Bebauungsplan nicht zustimmen.

GR **Dreisiebner**:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich kann mich weitestgehend dem Kollegen Muhr von der Sozialdemokratie anschließen. Die verkehrliche Lösung ist nicht zufriedenstellend, wobei ich aber glaube, dass die Errichtung, sofern da keine Verzögerungen stattfinden werden, die Errichtung und Inbetriebnahme der Smart-City-Straßenbahn, um sie einmal so zu nennen, bis zur Peter-Tunner-Gasse, ziemlich zeitgleich mit dem Bau funktionieren könnte oder mit einem kurzen Verstoß, das ist das eine. Das größere Problem, das wir darüber diskutiert haben gestern im Ausschuss, dass es im Nord-Westen der Stadt Graz nicht nur wegen dieses Bebauungsplanes und wegen dieses Bauprojekts ein Problem mit dem öffentlichen Verkehr und mit der Kapazität der Buslinien 40, 67, 53, 52 etc. gibt, das ist eines, das ist ein viel gravierenderes und ich möchte nur heute auch noch einwerfen, dass schon in den frühen und mittleren Nullerjahren des 21 Jahrhunderts die Hüssler-Studie hier im Gemeinderat verabschiedet worden ist, die genau diese Nord-West-Straßenbahnlinie schon als das

zweitwichtigste Infrastrukturausbauprojekt damals festgelegt hat. Das heißt, es kann heute auf einmal nicht wichtig sein und jeder, der mir nicht glaubt, möge mal um 7 in der Früh versuchen von Gösting mit einem der genannten Busse in Richtung Innenstadt zu fahren. Wir wissen auch, dass Bulme usw. mit Extra-Bussen befahren wird. Das hat mit dem Bebauungsplan per se nichts zu tun, das ist ja unser Thema immer, aber wir müssen das Thema angehen. Mein Appell, da ich das Bauprojekt selber zum einen aus sozialpolitischen und wohnungspolitischen Gründen für positiv halte, und wir es für positiv halten und an diesem einen Bauprojekt ich nicht die ÖV-Situation in Graz aufhängen möchte, werden wir dieses Projekt unterstützen im Gegensatz zur SPÖ, aber die Kritik bleibt stehen an allen, die dafür verantwortlich sind. Danke.

**StR. Riegler:**

Dankeschön, es gibt keine weiteren Wortmeldungen, dann machen wir es jetzt so, wie Herr Gemeinderat DI Topf vorgeschlagen hat, nämlich dass wir zunächst die Antragspunkte 1, 2 und 4 zur Abstimmung bringen.

***Die Punkte 1, 2 und 4 des Antrages wurden mit Mehrheit (gegen SPÖ) angenommen.***

**Riegler:**

Nun kommen wir zur Aufhebung der Vorbehaltsfläche, zum Punkt 3 des Antrages.

***Der Punkt 3 wurde einstimmig (43:0) angenommen.***

**Berichterstatter: GR DI. Topf**

9.10 Stk. 7) A14 - 070729/2017 /0052      05.32.0 Bebauungsplan „Ungergasse – Steinfeldgasse“, V. Bez., KG 63105 Gries, Beschluss

**Topf:**

Es geht um den Bebauungsplan 05.32.0 „Ungergasse - Steinfeldgasse“. Ich möchte auch hier gleich darauf eingehen, was sozusagen aufgrund der Einwendungserledigungen hier in diesem Bebauungsplan abgeändert wurde. Wir haben gestern sehr ausführlich darüber diskutiert, dass natürlicherweise aufgrund der öffentlichen Erörterung eine Vielzahl von Einwendungen eingegangen sind, die insbesondere auch die Baumasse betroffen hat. Das heißt, es ist dann in der Änderung für die Vorlage des zu beschließenden Bebauungsplanes hier wirklich intensiv redimensioniert geworden, wenn man das so sagen darf und zwar insbesondere auch, was die Geschoßanzahl betrifft und insbesondere, was hier durchaus kritisch gesehen wurde, die Entwicklung mit diesen zwei Zacken in Richtung Süden. Aufgrund dieser Einwendungen sind hier einige Redimensionierungen durchgeführt worden, die sich insbesondere auf die Höhenentwicklung und insbesondere auch auf die Tiefenwirkung in Richtung Süden bezogen haben. Was weiterhin hier noch angemerkt wurde, oder durchaus positiv zu vermelden ist, dass bei weitem die Bebauungsdichte durch diese Änderung nicht ausgenutzt wurde und deshalb auch, so glaube ich, hier den Änderungen weitestgehend entsprochen wurde. Ich darf daher zum Antragstext kommen. Hier ist eine einfache Mehrheit, unter Anführungszeichen, notwendig, weil hier keine 2/3-Bestimmungen hier angeführt sind.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 05.32.0 Bebauungsplan „Ungergasse – Steinfeldgasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und

2. die Einwendungserledigungen.

**GR Dreisiebner:**

Ich könnte schon wieder über Straßenbahnprojekte reden, die dort in dem Bereich nicht gebaut wurden. Habe es hiermit auch getan, Südwest-Linie, Innenstadt-Entflechtung, Elisabethnergasse, das wären alles von dem Punkt aus gut erreichbare Anschlüsse gewesen. Es gibt sie bis auf weiteres nicht oder so nicht. Der eigentliche Grund, warum wir diesem Bebauungsplan die Zustimmung nicht geben werden, ist, wie du richtig gesagt hast, Georg, dass einige Änderungen im Sinne der Einwendungen passiert sind, aber aus unserer Sicht nicht ausreichend, es ist dort eine zu hohe Dichte, eine zu hohe Versiegelung bzw. aufgrund auch des Umfeldes dort hohe Dichte so nicht mehr vertretbar. Man hätte den EinwenderInnen noch weiter entgegenkommen müssen. Dann hätten wir vielleicht mitgemacht.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Neos, Grün und SPÖ) angenommen.***

**Berichterstatter: GR Ing. Lohr**

**9.11 Stk. 8) A 14-054057 /2017 /0018**

**07.25.0 Bebauungsplan, „Liebenauer Hauptstraße – Auwaldgasse“, VII. Bez., KG Graz Stadt – Thondorf, Beschluss**

**GR Lohr:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat. Wir kommen nach Liebenau. Auf den betroffenen Grundstücken in Graz Thondorf sollen diverse gewerbliche Bebauungen errichtet werden. Seitens der Stadtplanung wurde daher ein Bebauungsplanentwurf ausgearbeitet, um die Umsetzung von unterschiedlichen Gewerbsbauten in diesem

Bereich zu ermöglichen. Gemäß 4.0 Flächenwidmungsplan ist der Bereich als Aufschließungsgebiet „Gewerbegebiet“ mit einer Bebauungsdichte von 0,5 bis 1,0 definiert. Gemäß Deckplan 1 ist zur Sicherstellung einer geordneten Siedlungsentwicklung im gegenständlichen Bereich die Erstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Der wurde dann erstellt und aufgelegt. Es langten auch 12 Einwendungen und Stellungnahmen ein. Da gab es einige Anrainer, die haben sich dort gewünscht, dass die Wiese frei bleibt, dass die Wiese unbebaut bleibt. Dem Wunsch kann man natürlich leider nicht nachkommen, weil das ist seit den 80iger-Jahren als Gewerbegebiet gewidmet worden und wir haben auch einen Abstand zu den Wohnungsbebauungen mit 12 m. Hier ist ein schöner Puffer mit 12 m eingezogen worden. Änderungen gegenüber dem Auflageentwurf gab es daher keine. Es ist gestern im Ausschuss beraten worden und mehrheitlich ist die Zustimmung erfolgt. Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: den 07.25.0 Bebauungsplan „Liebenauer Hauptstraße – Auwaldgasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und die Einwendungserledigungen und die Aufhebung der Aufschließungserfordernisse. Ich zähle es nur punktuell auf, das ist die Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz, die innere Erschließung, die öffentlich nutzbare Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr sowie die Bebauungsplanpflicht. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 07.25.0 Bebauungsplan „Liebenauer Hauptstraße – Auwaldgasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen, und
3. die Aufhebung folgender Aufschließungserfordernisse des Aufschließungsgebietes (Nr. VII.09):

- Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz, Nachweis einer zweckmäßigen Verkehrsanbindung und der Verkehrssicherheit der äußeren Erschließung für alle Verkehrsarten (motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Verkehr, Rad- und Fußverkehr)
- innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur)
- öffentlich nutzbare Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr
- Bebauungsplanpflicht, geordnete Siedlungsentwicklung, Erfordernis zur Schaffung zweckmäßig gestalteter Grundstücke, Einfügung in das Straßen-, Orts- und Landschaftsbild

GR Mag. **Muhr:**

Werter Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste auf der Galerie, lieber Roland, danke für die Berichterstattung. Dieser Bebauungsplan in Liebenau, ja Gewerbegebiet seit den 80iger Jahren, aber es sind dort auch die Einfamilienhäuser auch sicherlich schon länger, darüber können wir jetzt streiten, war zuerst die Henne oder das Ei? Wir werden das auf die Schnelle jetzt nicht herausfinden, aber ich denke, dass die 12 m Gott sei Dank vorhanden sind, aber es ist uns leider zu wenig. Man hätte dort sicherlich mehr zum Schutze dieser Einfamilienhäuser machen können oder tun können. Es gibt dort auch das Parkhaus, wo die Magna-Mitarbeiter parken, es gibt dort schon jetzt eine ziemliche Belastung durch Verkehrslärm etc. Wir hätten uns da schon mehr Maßnahmen gewünscht, damit es bei den AnrainerInnen zu weniger Belastung kommt. Danke, deswegen werden wir gegen diesen Antrag stimmen.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ und Neos) angenommen.***

**Berichterstatter: DI. Sickl**

**9.12 Stk. 9) A 14-061658/2017 /0015      07.26.0 Bebauungsplan, „Andersengasse - Theyergasse – Pichlergasse“, VII. Bez., KG Liebenau, Beschluss**

**Sickl:**

Werte Damen und Herren, liebe Kollegen. Ich berichte über den Bebauungsplan 07.26.0. Gemäß 4.0 Flächenwidmungsplan liegt das Bebauungsplangebiet im Allgemeinen Wohngebiet mit Bebauungsdichte von 0,4 bis 0,8 und damit ist die Erstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Die Einwendungen wurden eingebracht und entsprechend bearbeitet. Daher bringe ich namens des Ausschusses für Grünraumplanung und Stadtentwicklung folgenden Antrag ein:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 07.26.0 Bebauungsplan „Andersengasse -Theyergasse - Pichlergasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Einen schönen Start ins neue Jahr auch von mir. Wir haben hier einen Bebauungsplan mit dem Thema und dem Gebiet, über das wir uns sehr oft unterhalten haben, auch weil es das ehemalige Gebiet des Lagers 4 der ZwangsarbeiterInnen in der NS-Zeit war und es freut mich auf der einen Seite, dass im Stück selbst dieses Thema schon thematisiert wurde und auf einen sensiblen Umgang mit diesem Thema auch in den Bauarbeiten hingewiesen wurde. Ich habe dazu einen Zusatzantrag, den man stellen darf. Folgedessen wünschen wir uns nur, dass diese sensible Umgangsweise mit

diesem Thema konkretisiert wird und wenn man schon baut, dann auch dieses Gebiet mit den Grabungen miteinbezieht und wenn man Relikte findet, dann diese Relikte birgt und entweder quasi zur museologischen Darstellung aufbereitet. Deswegen stellen wir als SPÖ den Zusatzantrag:

Der Eigenbetrieb „Wohnen Graz“ wird beauftragt, im Zuge der Bauarbeiten im Bereich des ehemaligen NS-ZwangsarbeiterInnenlagers in einer sensiblen Weise zu verfahren und gleich Grabungsarbeiten einzuleiten, damit mögliche Relikte – unter Beiziehung von HistorikerInnen der Universität Graz und bei Bedarf des Bundesdenkmalamtes für eine weitere Beurteilung – sorgsam freigelegt und bewahrt werden, um so einen würdigen und respektvollen Umgang mit der schrecklichen Geschichte des Zwangsarbeiterlagers am Grünanger sicherzustellen, wie es dies gegenüber den Opfern als Verpflichtung angesehen werden muss.

*Originaltext des Zusatzantrages:*

*Der Eigenbetrieb „Wohnen Graz“ wird beauftragt, im Zuge der Bauarbeiten im Bereich des ehemaligen NS-ZwangsarbeiterInnenlagers in einer sensiblen Weise zu verfahren und gleich Grabungsarbeiten einzuleiten, damit mögliche Relikte – unter Beiziehung von HistorikerInnen der Universität Graz und bei Bedarf des Bundesdenkmalamtes für eine weitere Beurteilung – sorgsam freigelegt und bewahrt werden, um so einen würdigen und respektvollen Umgang mit der schrecklichen Geschichte des Zwangsarbeiterlagers am Grünanger sicherzustellen, wie es dies gegenüber den Opfern als Verpflichtung angesehen werden muss.*

**GR Alic:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Wenn es um einen Grünanger geht, sollte ich fast etwas sagen. Erlauben sie mir bitte gleich am Anfang die Anmerkungen, es sind zwei Tippfehler in der Geschäftsordnung und zwar heißt es Andersengasse, nicht mit o, wir

sind nämlich nicht in Norwegen, sondern im schönen Liebenau, und auch wenn alles teurer wird, heißt es Theyergasse auch dort am Grünanger.

Es geht um Folgendes, es sind dort nicht nur die Baulichkeiten, mit denen man sensibel umgehen sollte und historisch mit der ganzen Gegend, sondern auch die Leute, die jetzt dort wohnen, verdienen einen ausgesprochen sensiblen Umgang. Es ist dort die ganze Gegend nicht nur baulich zusammengewachsen, sondern auch gesellschaftlich ist das eine eigene Art zu leben, am Grünanger zu sein. Ein Zusammenhalt, das ist fast so etwas wie eine geschlossene Gesellschaft und manchmal leider auch, im wahrsten Sinne des Wortes. Das gilt es zu schützen und durchaus sensibel damit umzugehen und zu versuchen, das zu erhalten. All das, was die Leute dort haben, die wollen nämlich nicht weg und lassen sich auch nicht locken mit neuen Balkongeländern oder so etwas. Wenn man mit den Leuten dort redet, die leben sehr gerne so. Deswegen werden wir dem Stück nicht zustimmen können.

**StR. Riegler:**

Ich weise darauf hin, dass wir eine Begehung hatten, letzten Herbst, des Geländes und uns durchaus dieser Verantwortlichkeiten bewusst sind.

**Sickl:**

Wie schon in der Gemeinderatssitzung im September 2017 ausgeführt, wurde damals schon Folgendes erklärt: Aufgrund des Wissens um die Sensibilität der durchzuführenden Bauarbeiten hat Wohnen Graz in enger Zusammenarbeit und auf Empfehlung des Bundesdenkmalamtes die Firma ARGIS, Archäologie Service GesmbH, beauftragt, sämtliche Arbeiten zu begleiten. Die Firma Argis, unter der Leitung von Herrn Dr. Gerald Fuchs, bildet die Schnittstelle zum Bundesdenkmalamt zum einen, holt die erforderlichen Grabungsbewilligungen ein, begleitet die Baustelle, stellt allfällige Grabungsfunde sicher und kartographiert schutzwürdige Fundamentreste

sowie unterirdische Einbauten. Durch diese renommierten Fachexperten dauerhafte Baubegleitung ist ein sorgsamer Umgang im Rahmen der Bauarbeiten gewährleistet. Daher ist der Zusatzantrag ja sowieso schon eingebracht bzw. schon eingearbeitet und wurde auch schon im Bebauungsplan, wie es steht und wie man es lesen kann, auch schon bearbeitet. Damit wird dieser Aufgabe von Wohnen Graz auf jeden Fall Rechnung getragen. Dankeschön.

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich möchte mich bei dir bedanken, Anna, dass du den Zusatzantrag eingebracht hast. Ein ganz wichtiges Thema, für das wir uns in der Vergangenheit schon immer wieder eingesetzt haben und ja, es stimmt, ArchäologInnen sind vor Ort, aber es hätte mehr getan werden können und es könnte nach wie vor mehr getan werden, um die Geschichte des Lagers Liebenau in Graz verantwortungsvoll aufzuarbeiten. Es hat in der Vergangenheit immer wieder erschreckende Funde gegeben, auch von Skeletten, und es gibt ja Hinweise darauf, dass es Bombentrichter gibt, wo mehrere Leichen verscharrt sind und wir haben in der Vergangenheit immer wieder im Gemeinderat dazu aufgefordert, dass wir uns hier einmal einsetzen dafür und das würde ja nicht viel kosten, an den Stellen, wo es sehr wahrscheinlich ist, dass etwas gefunden werden würde, dass man hier einmal Probebohrungen macht, um die Wahrheit ans Licht zu bringen. Ich weiß nicht, warum es hier keinen Konsens darüber gibt, dass wir das endlich einmal in Angriff nehmen. Danke für den Zusatzantrag, wir werden ihm auf jedem Fall zustimmen und ich möchte noch einmal an alle Fraktionen appellieren, sich diesem dunklen Kapitel verantwortungsvoll zu stellen und die notwendigen Maßnahmen endlich einmal zu setzen. Danke.

**Robosch:**

Nur ganz kurz, ich habe mich schon bedankt dafür, dass genau diese Dinge gesagt wurden und in das Stück eingearbeitet sind. Aber wir wissen aus der Vergangenheit, dass immer nur zwischen 30 und 60 cm gegraben wurde bei den Bautätigkeiten und das ist zuwenig und zweitens wissen wir auch, dass eine kontaminierte Landschaft leicht zu entkontaminieren wäre, wenn man eben tiefer gräbt. Wir sind bei Gott nicht diejenigen, die sagen, man darf da nicht bauen. Man soll ja bauen, wir unterstützen das Stück und es geht darum, tiefer zu graben und diese Landschaft zu entkontaminieren, um wirklich mit dieser Geschichte auch ein Stück weit abschließen zu können und deswegen hätte ich gerne, auch fürs Protokoll, hier jetzt die Antwort, ob diese Grabungen tiefergehend sein werden oder wie in der Vergangenheit nur oberflächlich. Weil es gibt auch einen Grund, warum im gesamten Gebiet dort viele Häuser keine Kellergestöcke haben, weil dieses Wissen über Jahrzehnte weitergegeben wurde, grabt lieber nicht, weil ihr könntet etwas finden und mit dem soll endlich aufgehört werden.

**Riegler:**

Ich möchte, weil immer das dunkle Kapitel der Geschichte angesprochen wird, dann doch dort hinweisen, dass ich selber als Kulturreferent auch die Ehre habe, mit dem Graz Museum gemeinsam im Jahr 2018 mehrfach entsprechende Aufarbeitung getätigt habe; unter anderem haben wir am 14. November 2018 die Ausstellung im Graz Museum eröffnet zum Thema Lager Liebenau. Im Frühjahr hat es auch schon eine entsprechend große Veranstaltung gegeben. Es gibt ein umfassendes Rahmenprogramm, es gibt eine Publikation, es gibt eine Gedenktafel und wir haben auch Geld im Budget vorgesehen, im Kulturbudget, für die Abhaltung eines Wettbewerbs zum Kunstwerk, zum Gedenken. Wir haben auch langfristige Überlegungen angestellt dahingehend, dass wir eben diesem unter Denkmalschutz stehenden Keller möglicherweise zugänglich machen an Gedenktagen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch erwähnen, dass wir zumindest seit ich, ich kann nur für

die Zeit sprechen, in der ich selbst jetzt verantwortlich bin als Kulturreferent, wir uns immer wieder mit Dr. Stelzl-Marx vom Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung, aber auch mit dem Bundesdenkmalamt und mit Expertinnen, wie z.B. der Frau Dr. Claudia Theune-Vogt von der Universität Wien, oder mit Frau Dr. Eva Steigenberger vom Bundesdenkmalamt intensiv auseinandersetzen und darüber sprechen, wie da der korrekte Umgang ist. Ich möchte nur betonen und ebenfalls fürs Protokoll betonen, dass es durchaus so ist, dass die Stadt Graz sich intensivst mit diesem dunklen Kapitel der Grazer Stadtgeschichte befasst.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.***

***Der Zusatzantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne, Neos und KPÖ) abgelehnt.***

**Berichterstatter: Dr. Piffli-Percevic**

9.13 Stk. 10) A 14-044552/2018-0012

**14.27.0 Bebauungsplan „Georgigasse – Karl-Morre-Straße-Krausgasse“, XIV. Bezirk, KG Algersdorf**

**GR Piffli-Percevic:**

Ich werde mich kurz halten, weil wir in einer beachtlichen Bearbeitung von mehreren Bebauungsplänen stehen. Ich möchte nur den Dank bei dieser Gelegenheit aussprechen, dass das Stadtplanungsamt, die Stadtbaudirektion, alle Ämter während der Revision des Flächenwidmungsplanes zum Großteil schon im Vorgriff, ein rechtlicher Vorgriff konnte ja nicht gemacht werden, erst die Rechtskraft des neuen Flächenwidmungsplanes war abzuwarten, aber in Erwartung dieser Ergebnisse, schon gearbeitet hat und wir in der Lage sind, in kürzester Zeit, um auch den Bedarf an Wohnbau in Graz abdecken zu können, zeitnah abdecken zu können, sind wir in der Lage, gleich sechs Bebauungspläne heute zu beschließen und wie sich abzeichnet, wird

das dann ja auch der Fall sein. Vielleicht nicht immer einstimmig, das ist das legitime Recht, aber ich darf jetzt diesen Plan konkret aufrufen in Eggenberg, das ist gegenüber der Auster stadteinwärts. Ein relativ unregelmäßig bebautes Gebiet, das sich aber stadteinwärts und in Richtung Süden anschließt an Blockrandbebauungsgebiete mit Innenhöfen. Direkt anschließend, wie gesagt, im Westen die Auster und im Osten der Hofbauerplatz mit dem Park. Es ist also auch in der Umgebung durchaus Grünraum schon vorhanden und Erholungsraum, trotzdem wird auch in diesem Bebauungsplan, die Bebauungsplanpflicht ist, gerade zum Schutz der Innenhöfe und zur Sicherstellung einer maximal möglichen Begrünung, deswegen herrscht dort Bebauungsplanpflicht und dem wird auch naheliegenderweise in diesem Bebauungsplan Rechnung getragen. Durch Vorgärten im Ausmaß von 5 bzw. 6 Metern gegenüber der Georgigasse und im Süden gegenüber der Krausgasse. Es werden auch großkronige Laubbäume in diesem 6-Meter-Streifen vorgeschrieben und, wie gesagt, das dient einer geordneten Siedlungsentwicklung in diesem Raum. Es kamen sowohl von Anrainern als auch vom Widmungswerber Einwendungen. Insgesamt sechs Stück, denen wird in diesem Erläuterungsbericht bzw. in der uns vorliegenden Einwendungserledigung, formal müssen wir die ja mitbeschließen, wie das zu beantworten ist, es wurde inhaltlich auf alle diese Einwendungen eingegangen. Die Antwort habe ich vorher schon vorweggenommen. Grünraum, geordnete Siedlungsentwicklung, dem wurde Rechnung getragen. Auch die Verkehrssituation naheliegend ist hier ein Thema gewesen, dieses Bebauungsplangebiet liegt unmittelbar am Einser. In 250 m Entfernung ist der Siebener und um dieses Gebiet herum, plus/minus, fährt der 62-iger. Wir haben hier eine hervorragend gegebene Anbindung. Ich darf Sie daher mit bestem Wissen und Gewissen ersuchen, dem Verordnungswortlaut, der Darstellung, dem Erläuterungsbericht und den Einwendungserledigungen die Zustimmung zu geben. Herzlichen Dank.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 14.27.0 Bebauungsplan „Georgigasse - Karl-Morre-Straße - Krausgasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: GR DI. Schimautz**

**9.14 Stk. 11) A 14-013936-2018**

**16.26.0 Bebauungsplan „Aribonenstraße“,  
XVI. Bez., KG Straßgang**

**Schimautz:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf den Bebauungsplan 16.26.0 „Aribonenstraße“ berichten. Auf einer Grundstücksfläche von ca. 12.000 m<sup>2</sup> möchte die GGW mehrere Gebäude errichten. In Summe ist aber das ganze Gebiet dort zu betrachten. Das heißt, der Bebauungsplan umfasst ca. 33.000 m<sup>2</sup>, die laut Flächenwidmungsplan, welcher mit März 2018 rechtskräftig wurde, eine Bebauungsdichte von 0,3 bis 0,6 aufweist. Es gab in Summe bei der Auflage 14 Einwendungen und zwei Stellungnahmen. Das Land Steiermark hat z.B. die ausgezeichnete ÖV-Anbindung herausgestrichen, was die Bebauung in der angeführten Form als geeignet darstellt. Auch die Einwendungen wurden teilweise berücksichtigt und es gab auch Veränderungen, insbesondere was gewisse Geschosshöhen an einzelnen Gebäuden anbelangt und es wurde aus meiner Sicht auch ordnungsgemäß auf die Einwendungen geantwortet. Ich darf nun zum Stück selbst kommen. Der Gemeinderat wolle beschließen den 16.26.0 Bebauungsplan „Aribonenstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und die Einwendungserledigungen und die

Aufhebung Aufschließungserfordernisse, ich lese sie jetzt nicht einzeln vor, wie im Stück angeführt, welche zu erhalten sind bzw. welche auch dann freizugeben sind. Ich bitte um Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 16.26.0 Bebauungsplan „Aribonenstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen und
3. die Aufhebung folgender Aufschließungserfordernisse des Aufschließungsgebietes (Nr. XVI.09):
  - innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur)
  - Maßnahmen zur Förderung der sanften Mobilität
  - öffentlich nutzbare Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr
  - Lärmfreistellung gegenüber emittierendem Straßen- und /oder Schienenverkehr
  - Bebauungsplanpflicht, geordnete Siedlungsentwicklung, Erfordernis zur Schaffung zweckmäßiger Grundstücke, Einfügung in das Straßen-, Orts- und Landschaftsbild
  - Schaffung einer zusammenhängenden siedlungsöffentlichen Grünfläche im Ausmaß von rund 20% der Fläche des Aufschließungsgebietes.

Das Aufschließungsgebiet (Nr. XVI.09) bleibt in Bezug auf folgende Aufschließungserfordernisse:

- Belange des Hochwasserschutzes (Überflutungsbereiche an der Mur und Grazer Bächen HQ<sub>30/100</sub> und Gefahrenzonenplan des forsttechnischen Dienstes für Wildbach und Lawinenverbauung)
- Bebauungsfrist gem. §3(4) d. VO z. 4.0 Flächenwidmungsplan i.d.g.F  
aufrecht.

**GR Dreisiebner:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Kollege der Berichterstattung hat etwas erwähnt, was mir jetzt wirklich einen Anstoß gibt, um einmal darauf hinzuweisen, welche Unterschiede wir als Stadtgemeinde Graz in den Erfordernissen bzw. Zielformulierungen für die Verkehrsanbindungen, öffentliche Verkehrsanbindung machen im Vergleich zum Land Steiermark. Das Land Steiermark stellt fest, es sei dort eine sehr gute Verkehrsanbindung. Wir stellen fest, dass 1/3 des Baugebietes Kategorie I hat und der Rest eigentlich eine sehr schlechte Anbindung. Eine S-Bahn-Station ist zwar etwas Nettos, aber wenn die S-Bahn nur jede Stunde einmal fährt und die meisten, die dort irgendwann in den Häusern wohnen werden, auch sehr weit zur Stadtlinie 32 haben und unter Umständen gerade nicht zu den Zeiten, wo die S-Bahn unterwegs ist, wohin müssen, dann haben wir das Problem, dass es eben nicht diese gute Verkehrsanbindung ist. Es ist ein Unterschied, ich komme aus Straden in der Südoststeiermark, dort hätten sie eine Freude mit einmal in der Stunde und das jeden Tag, aber wir sind in Graz. Auf das lege ich Wert, weil wir in Graz ganz andere Probleme haben. Insofern ist das leider nicht zufriedenstellend, wie das hier passiert, wie wohl von der sonstigen öffentlichen Infrastruktur, dass man dort Schule, Kindergarten bis hin zu Sportmöglichkeiten, Freibereichsmöglichkeiten Einkaufsmöglichkeiten sehr viel fußläufig in der Nähe hat, das ist sehr, sehr gut. Was ein großes Problem ist, ist die ÖV-Erschließung. Wie gesagt, wenn ich im Landtag sitzen würde, würde ich es dort auch einmal erzählen, aber ich erzähle es heute deswegen hier und wir werden dem Stück nicht zustimmen.

**Riegler:**

Danke für diese Vergleichsdarstellung, zu Wort gemeldet hat sich noch Herr Gemeinderat Haßler.

GR Mag. **Haßler**:

Lieber Karl, wenn du bitte kurz zuhörst. Ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, aber wenn du dieses Gebiet dort als verkehrsmäßig nicht besonders gut angeschlossen bezeichnest, dann dürfen wir in Graz vermutlich gar nicht mehr bauen aus meiner Sicht. Weil dort mit der Buslinie 32 und der Buslinie 62 oder 65, die nach Puntigam geht, über die Grabner Straße, mit Sicherheit von jedem Punkt dieser Siedlung in 10 Min. mit dem Bus erreichbar ist und eben die S-Bahn-Station auch und ich glaube, dass das eine sehr gute Anbindung dort ist und viel besser geeignet als manche Siedlungsbauten, wenn ich jetzt die Straßganger Straße hernehme, wo auch nur ein Bus in die Innenstadt fährt und wo man tausende Wohneinheiten gebaut hat. Ich glaube schon, dass das dort von der Verkehrserschließung durchaus ok. ist. Dass die Aribonenstraße eine enge Straße ist und für den Autoverkehr nicht geeignet ist, das ist klar, daher ist es jetzt auch eine Einbahn. Aber die Siedlung soll ja, soweit ich weiß, von zwei Seiten erschlossen werden. Von der Bahnhofstraße aus und von der Aribonenstraße aus, und deshalb sind wir im Gegensatz zu manch anderem Stück, wo wir heute auch schon dagegen waren, bei diesem Stück auch dafür. Danke.

**Dreisiebner**:

Ausnahmsweise darf ich zitieren aus dem Erläuterungsbericht Seite vier: „Verkehr, Deckplan 3, westlicher Teil der Liegenschaft, 300 m Radius Luftlinie zur Haltestelle Kategorie I, östlicher Teil der Liegenschaft Kategorie V.“ Vielleicht liest du das noch nach, Herr Kollege Haßler.

*Zwischenruf GR **Haßler**: Es ist nicht weit, 300 m zu gehen. Glaub mir das, das ist kein Problem.*

**Dreisiebner:**

300 m Radius gehen tut man sowieso um Straßenecken etc. auch noch.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne und KPÖ) angenommen.***

**Berichterstatterin: GR Eber**

**9.15 Stk. 12) StRH – 029962/2017 Buchhalterische Erfassung von Bauprojekten**

**Eber:**

Herr Vorsitzender, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich darf mich zunächst sehr herzlich beim Stadtrechnungshof bedanken für diesen Bericht. Vielen Dank an Herrn Dr. Stöckl, der hier heute bei uns im Gemeinderatssaal anwesend ist. Buchhalterische Erfassung von Bauprojekten klingt nun etwas trocken, ist es auch. Das Problem ist, das interne Kontrollsystem bei der Abwicklung von Bauprojekten bedurfte einer zusätzlichen Abstimmung. Das bedeutet, die GBG budgetierte in ihrem Buchhaltungssystem COOR die Kosten eines Bauprojektes vollständig und rechnete diese dort ab. Im Buchhaltungssystem SAP, in welchem die tatsächlichen Zahlungen erfolgten, waren diese Kosten nur teilweise demselben Bauprojekt zugeordnet. Das SAP-System wies darüber hinaus von COOR abweichende Kosten für das selbe Gewerk aus. Da geht es jetzt natürlich darum, dass das tunlichst vermieden werden soll. Im Wesentlichen ist es bereits jetzt so, dass von Seiten der GDG ihr Buchhaltungssystem an das SAP System angeglichen wurde und dass es nunmehr zu keinen derartigen Abweichungen mehr kommt. Der Stadtrechnungshof hat auch ermittelt die Errichtungskosten von drei Schulbauprojekten. Unter Abstimmung dieser beiden Systeme, nämlich die Volksschule St. Veith, die Volksschule St. Peter und die Volksschule Mariagrün. Auch hier ist es wieder zu derartigen

Abweichungen seinerzeit gekommen. Interessant auch, die Preise für die Anmietung einiger Schulen durch die Stadt Graz beruhten nicht auf den tatsächlichen Errichtungskosten, sondern auf den budgetierten Kosten, die leicht meistens nur abgewichen sind, allerdings wurde auch hier seitens der Finanzdirektion eine Erklärung abgegeben in diese Richtung, dass man vermeiden wollte, hier eventuell in steuerliche Schwierigkeiten zu kommen. Ich darf daher den Antrag stellen, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Die Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

#### **Berichterstatter GR Swatek**

#### **9.16 Stk. 13) StRH – 023175/2017 „Einkünfte des Hauses Graz aus Beteiligungen – Bereich Holding“**

**GR Swatek:**

Ich darf auch einen Bericht des Stadtrechnungshofes präsentieren. Vorab vielen Dank für die Erstellung des Berichts an den Stadtrechnungshof. Bei mir geht es um Einkünfte des Hauses Graz aus Beteiligungen – Bereich Holding und wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, dieser Bericht interessiert, können sie ihn auf Stadtrechnungshof.graz.at auch genauer betrachten. Da finden Sie auch weitere gute

und tolle informative Berichte des Stadtrechnungshofes. In meinem Bericht geht es aber um das Haus Graz. Das Haus Graz, wie Sie wissen, inkludiert ja die Beteiligungen der Stadt und wir Gemeinderäte brauchen natürlich auch in irgendeiner Art und Weise Einblick in diese Beteiligungen bzw. auch eine Möglichkeit, dort in gewisser Weise kontrollierend eingreifen zu können und dafür gibt es ein Kennzahlensystem, das uns dabei helfen soll. Der Gemeinderat steuert das Haus Graz mit Planungskennzahlen, die er in den Vorschlägen durch Beschlüsse vorab und anhand des Berichts des Beteiligungscontrollings (IST) kontrolliert. Der Stadtrechnungshof hob die Steuerung des Gemeinderates mit einem untereinander verbundenen auf wenigen Zahlen basierenden Plankennzahlensystem positiv hervor. Allerdings empfahl er eine weitere Vereinfachung unter den Gesichtspunkten der Erheblichkeit und Klarheit. Er erarbeitete für den Gemeinderat eine Kennzahlenpyramide sowie eine Darstellung der Veränderungen im Bereich des Vermögens. Während der Gemeinderat die Gesamtsteuerung des Hauses Graz wahrnahm, steuerten in einigen Beteiligungen auch die Aufsichtsräte. Dabei bedienten sich die Aufsichtsräte der Wirtschaftspläne (Soll) und Jahresabschlüsse (Ist) für ihre Kontrollen. In diesen Dokumenten lagen ihnen aber andere Kennzahlen als dem Gemeinderat vor. Die Holding legte ihrem Aufsichtsrat auch die Soll-Vorgaben des Gemeinderates als Kennzahlen vor.

Einige kontrollierten Beteiligungen übertrafen die Vorgaben des Gemeinderates bzw. hielten diese ein. Die Planung der Finanzdirektion war als plausibel anzusehen. Das hob der Stadtrechnungshof lobend hervor. Allerdings sagten die vorhandenen Kennzahlen nichts zur Höhe einer allfälligen Querfinanzierung. Auch die vom Stadtrechnungshof erhobenen Geldflüsse (Cash-Flows) konnten die Höhe der Querfinanzierung nicht darstellen. Dies lag daran, dass diese Zahlen weder Ausschüttungssperren noch Verfügungseinschränkungen (etwa durch Gebührenhaushalte) berücksichtigen. Kurz zusammengefasst kann man sagen, die im Gemeinderat vorgelegten Kennzahlen erlauben keine Aussagen über die Querfinanzierung. Gemäß § 67 a Abs. 5 bitte ich den Gemeinderat, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**StR. Riegler:**

Wir kommen damit, sehr geehrte Damen und Herren, zum Nachtrag und jetzt hätte ich folgenden Vorschlag, den ich schon sozusagen tatsächlich so zu vollziehen vorschlage. Nämlich dass wir zunächst den Tagesordnungspunkt 15, sprich das Fachstück zum Lebensraum Mur, berichten, danach gleich auch den Berichterstatter, Herrn Gemeinderat Spath, betreffend das Finanzstück bitten, aber das wir eben die Tagesordnungspunkte 14 und 15 in einem abhandeln, weil es sich ja lediglich um das Duo aus Finanzstück und Fachstück handelt. In diesem Sinne darf ich Herrn Gemeinderat Topf ans Rednerpult bitten.

**Berichterstatter: GR DI. Topf**

**9.17 Stk. 15) A 10/5 –80955/2018-6**

**Lebensraum Mur,  
1. Augartenabsenkung im Rahmen der  
Umsetzung des Masterplans Mur Graz-  
Mitte, Umsetzungsphase 1,  
2. Erneuerung der öffentliche Beleuchtung  
im gesamten Augarten Erhöhung der  
bestehenden Projektgenehmigung um  
€ 1.524.000 EUR auf insgesamt € 4.224.000**

**Topf:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Galerie. Es geht hier um das Stück Lebensraum Mur. Mit zwei Punkten im Fachstück, Augartenabsenkung im Rahmen des Masterplans Mur- Graz Mitte, Umsetzungsphase eins, und um die Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung im gesamten Augarten. Das sind die zwei Punkte, die hier auch im Betreff so angeführt sind. Die Ausgangssituation ist, so glaube ich, bekannt und ich möchte gleich eingehen auf den Punkt, wieso wir jetzt sozusagen hier die entsprechenden Projektmittel um ein 1.524.000 € auf insgesamt 4.224.000 Euro hier erhöhen sollten. Diese Summe resultiert im Wesentlichen, und das wurde heute vom Herrn Bürgermeister schon angedeutet, einerseits aus Mehraufwendungen für die Umplanung der Augartenbucht, aufgrund erhöhter Umweltschutzmaßnahmen und Auflagen bzw. aus der zeitlichen Verzögerung, das muss man zugestehen, der Genehmigungsverfahren und andererseits aus der nunmehr hinzukommenden Erneuerung der gesamten Parkbeleuchtung als Zusatzleistung. Es ist so und man sollte mir schon in zwei, drei Sätzen die Zeit zur Verfügung stellen, ein wenig auf die Geschichte zurückzugehen. Es ist heute angesprochen worden dieser Auflagenpunkt F 3 im UVP Verfahren, wo hier der Zugang zur Mur als Planungsauftrag hier ergangen ist und diesem Planungsauftrag ist man jetzt nachgekommen mit den entsprechenden Projektunterlagen und ist von Behördenseite aufgerufen gewesen, nicht nur als kleine Änderung im UVP Verfahren das zu behandeln, sondern auch die entsprechenden materienrechtlichen Verfahren nachzusehen. Ich sehe das wirklich als positives Zeichen, bei vielen UVP Verfahren wird vielleicht nicht so in die Tiefe dann auch die materienrechtlichen Voraussetzungen behandelt. In diesem Fall gibt es mehrere materienrechtliche Verfahren, die zum Teil abgeschlossen sind, auch das ist ganz klar im Stück dargestellt. Es ist der Bescheid, Naturschutz und Wasserrecht ist ein kombinierter Bescheid oder ist auf einander abgestimmt, noch nicht vorhanden, aber immerhin, würde ich es meinen, ist es positiv, dass man nicht wartet, bis hier umgesetzt wird und dann sind mehr Kosten allenfalls im Nachtrag zu beschließen, sondern sehr positiv ist zu vermelden, dass aufgrund der Vielzahl von Einwendungen,

der Vielzahl von Gutachten auch extern, die ja auch über NGOs usw. eingebracht wurden, dass man jetzt sieht, ja, aufgrund dieser Planungsänderungen, oder dieser Einwendungen, die dann auch zu Planungsänderungen im Detail geführt haben, ist es notwendig, jetzt schon zu sagen, dass diese Mehrkosten auf die Stadt Graz zukommen und nicht erst dann, wenn entsprechend diese Maßnahmen umgesetzt wurden. Ich darf vielleicht ganz kurz diese Mehrkosten auch anführen, weil sie im Finanzstück nur als Summe bekanntgegeben werden. Es ist der erhöhte Aufwand durch Baumschutzmaßnahmen, bei Grabungsarbeiten und der Baustellenabwicklung im sensiblen Parkbereich. Das ist der erhöhte Aufwand und das muss man, das haben wir gestern auch diskutiert, Kollege Sikora hat sich da zu Wort gemeldet, für die Baustellenbewachung, es ist leider Gottes so, und das muss man auch sagen, dass durch Vandalen-Akte, es ist ja auch medial durchaus die eine oder andere lebensgefährliche Situation dargestellt worden, dass natürlich rund um die Uhr diese Baustelle bewacht werden muss und dass dann durchaus erhebliche Kosten sind, die leider Gottes hier zu Buche schlagen. Erhöhter Aufwand in der Baulogistik ist, so glaube ich, auch verständlich, die Erhöhung der Baustraße, die dann aufgrund dieser Verzögerungen notwendig sind und die verlängerte Vorhaltung dieser Baustraße, damit man eben auch über die Baustraße, die ja logistisch sinnvoll ist, auch was die Belästigung, wenn ich das sagen darf, der anrainenden Bevölkerung betrifft. Hier muss man weiterhin den Zugang von der Mur-Seite hier bewerkstelligen. Dann ist auch ein höherer Detaillierungsgrad des Mobiliars, der Qualitätskriterien, der höhere Detaillierungsgrad bei der Ausbildung der Ufer, Strukturmaßnahmen, alles das, was sozusagen dann entsprechend in den Verfahren, die vor Ort als Ortsverhandlungen durchgeführt wurden und auch eingebacht wurden, zu berücksichtigen. Dann sind natürlich dementsprechend die Baustellengemeinkosten erhöht, die gesamte Asphaltierungsarbeit usw., sodass ich der Meinung bin, dass in dieser Umsetzungsphase eins, vorausschauend aus meiner Sicht, eben aufgrund der Ergebnisse der materienrechtlichen Verfahren im Nachhang zum eher allgemeinen UVP-Verfahren hier diese Zusatzmaßnahmen und diese Zusatzkosten durchaus gerechtfertigt sind. Wir haben gestern auch natürlicherweise den Vertreter des

Stadtrechnungshofes gehabt, der natürlich durchaus klar ausgesagt hat, aber das ist ja nichts Neues, dass bei einer Überschreitung von 10 % natürlich auch der Stadtrechnungshof zu befassen ist und dieser Auftrag ist vor einigen Tagen erst ergangen. Das muss man auch der Korrektheit halber sagen und ich denke, das vorausschauende Melden von Kosten aufgrund der Situation, die ich dargestellt habe, es durchaus sinnvoll ist, jetzt schon darüber zu sprechen und nicht dann, wenn die Arbeiten umgesetzt sind, möglicherweise in großen Diskussionen nachweisen zu müssen, dass diese Kosten tatsächlich aufgrund der Situation aufgetaucht sind. Es sind natürlich auch aufgrund dieser erweiterten Ausgestaltung der Augartenbucht, des Mobiliars, Sie kennen die Pläne, ich hoffe, dass Sie sich auch die Pläne im Detail angesehen haben, es ist übrigens auch die Möglichkeit für die Bevölkerung, das wird in Anspruch genommen, auch am Andreas-Hofer-Platz sich die Pläne im Detail anzusehen, damit man wirklich weiß, was soll umgesetzt werden. Weil immer wieder im Raum steht, dass 6000 m<sup>2</sup> Augarten-Park verloren geht. Das ist immer wieder ein Punkt in der Diskussion, dem ich durchaus entgegenrete und sage, es wird umgestaltet und es geht nichts verloren. Es geht verloren die jetzige Situation im Sinne einer Umgestaltung. Wichtig ist aber auch, und das wurde gestern auch sehr intensiv diskutiert, wann setzt die Bürgerbeteiligung ein? Ich möchte das wirklich offen ansprechen, wann setzt die Bürgerbeteiligung für die Umsetzungsphase zwei ein? Es ist ein Punkt, der meiner Meinung nach jetzt relativ rasch angegangen werden sollte, damit für diese Umsetzungsphase zwei, wo kommt jetzt die große Rutsche hin, wie sieht das aus mit der Wasserspielanlage usw. Alles das, was durch diese Bucht verloren geht und irgendwo im gesamten Bereich des Augartens neu situiert werden sollte, oder vielleicht etwas umgestaltet werden sollte, das wird jetzt in Bälde, so meine ich, im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsverfahrens, das auch kostenmäßig in einen Rahmen zu gießen wäre, zu behandeln ist.

Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gem. § 45 Abs. 2 Zif. 5 und 7 Statut der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

## Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 17. Jänner 2019

1. Der Gemeinderat nimmt diesen Bericht, den ich verkürzt dargestellt habe, zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Erhöhung der Projektgenehmigung um 1.524.000 EUR auf insgesamt 4.224.000 EUR für die Jahre 2019/2020 wird die Zustimmung erteilt. Das ist jetzt sozusagen der fachliche Aspekt noch hinzu und
3. mit Vorliegen der behördlichen Genehmigungen wird der Auftrag zur Errichtung der Augartenabsenkung, es fehlen noch zwei Bescheide, samt aller notwendigen Anlagen gemäß vorliegender Detail- und Ausführungsplanung sowie zur Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung erteilt.

Das ist eher außer Frage gestellt worden, dass man dort im Kontext zu dem Stück Beleuchtung, das heute nicht referiert wurde, aber auch einstimmig beschlossen wurde und auf der Tagesordnung war, dass man das in diesem Zusammenhang auch richten sollte.

Ich darf um Annahme dieses Stückes bitten, aus fachlicher Sicht.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat nimmt diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Erhöhung der Projektgenehmigung um 1.524.000 EUR auf insgesamt 4.224.000 EUR für die Jahre 2019/2020 wird die Zustimmung erteilt.
3. Mit Vorliegen der behördlichen Genehmigungen wird der Auftrag zur Errichtung der Augartenabsenkung samt aller notwendigen Anlagen gemäß vorliegender Detail- und Ausführungsplanung sowie zur Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung erteilt.

StR. **Riegler**: Ich darf gleich noch die Berichterstattung des Finanzstückes anschließen.

**Berichterstatter: GR Mag. Spath**

**9.18 Stk. 14) A 8 – 119719/2018-4**

**Abt. f. Grünraum und Gewässer, Projekt  
Augartenabsenkung,  
1. Aufstockung der Projektgenehmigung  
um € 1.524.000 auf € 4.224.000 in der AOG  
2018-2020,  
2. Nachtragskredit über € 2.200.000 in der  
AOG 2019**

**GR Mag. Spath:**

Hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Kolleginnen auf der Tribüne.

Ich darf jetzt ergänzend zu meinem Kollegen Georg Topf eben den finanziellen Teil dazu noch vortragen und den Antrag dazu stellen. Es geht um diese Aufstockung der Projektgenehmigung um € 1.524.000 auf € 4.224.000 in der AOG 2018 bis 2020.

Zweiter Punkt, Nachtragskredit über € 2.200.000 in der AOG 2019. Wir haben in der Sitzung am 5. Juli 2018 bereits diese Projektgenehmigung erteilt. Hier wurde ein Betrag von 2.700.000 angeführt. Hier geht es um die Ergänzung und diese Zusatzkosten.

Inhaltlich hat der Kollege Topf das ja schon gemacht. Die Kosten verteilen sich eben wie folgt: 2018, im vergangenen Jahr, € 121.800, 2019 € 3.900.000 und für 2020 € 202.200.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. In der AOG 2018-2020 wird die Projektgenehmigung „Augartenabsenkung“ um € 1.524.000 auf € 4.224.000, davon für 2019 € 3.900.000 und für 2020 € 202.200, erhöht. Die Bedeckung von € 1.524.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Infrastruktur. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

2. In der AOG 2019 werden die Fiposse
  - 5.81500.050200 „Sonderanlagen, Augartenabsenkung“,
  - 6.81500.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“um je € 2.200.000 erhöht.

**GR<sup>in</sup> Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Galerie. Ich muss gleich einmal etwas richtigstellen, zu den Ausführungen deinerseits über die UVP-Auflage. Es ist ja tatsächlich so, dass dieses Verfahren dann in mehrere Stufen gegangen ist. Wie du sicher weißt, war das letztlich auch beim Umweltsenat und es hat sich im Rahmen dieses Verfahrens auch die Frage gestellt zu der Umsetzung dieser Maßnahmen im Augarten und es ist dabei herausgekommen, dass auch wenn diese Maßnahmen nicht umgesetzt würden, das so unerheblich wäre, dass trotzdem der Genehmigungsbescheid positiv wäre. Nur ich möchte einfach herausnehmen, dass das so zwingend vorgeschrieben ist, wie du das darstellen wolltest.

Grundsätzlich, und da beziehe ich mich einerseits auf das Gemeinderatsstück und andererseits beziehe ich mich auch auf das, was mir mein Kollege aus dem Ausschuss berichtet hat und ich bin ja auch sehr froh, dass der Herr Bürgermeister wieder da ist, ist doch einiges sehr vage geblieben. Es sind teilweise Behauptungen nicht nachvollziehbar, damit meine ich, dass Verfahren bereits zu Ende geführt wurden. Wir wissen alle, dass es möglich sein kann, dass es eine aufschiebende Wirkung gibt, dass dann Berufungen einen Baubeginn verunmöglichen und ich habe eine ganze Menge Fragen aufgeschrieben. Nämlich, welche materienrechtlichen Genehmigungsverfahren sind bereits abgeschlossen, welche unvorhergesehenen Ereignisse sind in dem Verfahren aufgetreten? Welche erhöhten Umweltauflagen sind für die Umsetzung genau geplant? Diese Pläne liegen ja nicht öffentlich auf. Wie genau betrifft der erhöhte Baumschutz bei Grabungsarbeiten das Augartenprojekt oder vielleicht doch den Zentralen Speicherkanal? Wir alle wissen, dass dort gegraben wurde. Bezüglich der BürgerInnenbeteiligung hat auch der Herr ÖVP-Bezirksvorsteher Strobl gesagt, dass

sehr viele Fragen aus der Bevölkerung da sind, auf dem Tisch liegen und dass er sich über einen möglichst baldigen Start der BürgerInnenbeteiligung freuen würde. Auf das bist du jetzt eh schon ein wenig eingegangen und dann würde mich noch interessieren, weil da sonderbarer Weise auch der Zeitdruck argumentiert wurde mit der Gefahr der Wiedereinwanderung von Tierarten, der Gefahr der Wiedereinwanderung. Da frage ich mich jetzt, wie viele Exemplare geschützter Tierarten wurden in diesem Bereich überhaupt abgesammelt und welche Arten? Ich möchte hier, weil ich doch etwas erstaunt bin, dass ich den DI Wiener hier leider nicht sehe, ich möchte nämlich auf die Möglichkeit § 4 der GO zurückgreifen, nämlich auf die Beiziehung rechts- und sachkundiger Personen und möchte den Herrn Bürgermeister bitten, dass er den Herrn DI. Wiener bittet, dass er uns Fragen, die offengeblieben sind, so wie ich sie jetzt vorgelesen habe, noch genauer erläutert, bevor wir das Stück weiter diskutieren.

*Zwischenruf GR **Sippel**: Für das gibt es einen Ausschuss. Anrufen, fragen.*

*Zwischenruf GR **Topf**: Dafür hat es eine Bezirksratssitzung gegeben.*

**Pavlovec-Meixner**: Aber diese Fragen, nein, das hat er nicht gefragt. Ich habe nur Fragen vorgelesen, die er nicht gefragt hat, weil die Zeit schon so weit fortgeschritten war, dass das gar nicht mehr möglich war.

*Unverständliche Zwischenrufe.*

**Pavlovec-Meixner**: Ich stelle jetzt noch einmal den Antrag nach § 4 der Geschäftsordnung über Beiziehung rechts- und sachkundiger Personen und wende

mich an den Herrn Bürgermeister mit der Bitte, dass der Herr DI. Wiener noch einige Fragen beantwortet.

**Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (14.53 Uhr).**

**Bgm. Nagl:**

Hoher Gemeinderat, ich darf den Vorsitz wieder übernehmen und darf der Frau Gemeinderätin mitteilen, dass der Herr DI. Wiener heute im Krankenstand ist. Aus diesem Grunde ist es gar nicht möglich, ihn heute hier jetzt noch einmal um Auskünfte zu ersuchen. Soweit ich weiß, waren im Ausschuss aber durchaus schon viele Fragen auf dem Tisch. Aber wir können ihn heute, wenn ich so sagen darf, gar nicht herbeizaubern.

**Pavlovec-Meixner:** Das finde ich sehr schade, weil damit viele Fragen offen bleiben. Ich lasse das jetzt einmal so im Raum stehen und werde mich danach noch einmal melden.

Dipl.-Museol. (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen, sehr geehrter Herr Berichterstatter. Sie haben die Sache schon sachlich, fachlich dargestellt, mit einem kleinen Freud'schen Versprecher, über den wir uns alle sehr amüsiert haben. Vor allen Dingen, weil ich mir denke, der Begriff „Au-Schlaß“, der kommt einem ja ganz schnell in den Kopf, wenn man daran denkt, wie es in der Bucht riechen wird, wenn der Grazbachkanal gerade wieder durchgeschwemmt worden ist. Uns ist auch dieser Begriff der unvorhersehbaren Ereignisse aufgefallen. Allerdings, die sind tatsächlich hinterfragenswert, denn was ist unvorhersehbar bzw. was kann man als unvorhersehbar beschreiben, wenn man überhaupt keine Vorhersehbarkeit in einem

Bericht, in eine finanzielle Darstellung einbringt? Wenn man davon ausgeht, dass man alle behördlichen Verfahren einfach schnell durchgewunken bekommt und gleich loslegen kann. Insofern ist ein späterer Baubeginn tatsächlich nicht unvorhersehbar, weil damit muss man rechnen, damit müsste jeder kleine Häuslbauer rechnen, der noch nicht die Genehmigung hat. Der dürfte nämlich nicht einfach so anfangen zu bauen bzw. müsste dann mit Strafen rechnen. Deswegen sehen wir die Erhöhung der Kosten eigentlich als erwartbar an. Das hat ja auch der Stadtrechnungshof so dargestellt in seinem Bericht, für den ich mich hier noch einmal ganz herzlich bedanken will. Nämlich nicht nur für den Bericht an sich, dass er gemacht wurde, das ist ja eine Auflage, sondern auch wie er gemacht wurde, denn dass solche Berichte so gut lesbar sind und so transparent Dinge darstellen, das ist wirklich keine Selbstverständlichkeit. Ich hatte als Laiin auch keine Probleme damit, ganz im Gegenteil, vielen Dank an dieser Stelle noch einmal an den Stadtrechnungshof. (*Appl. allgem.*)

Vielen Dank, dass jetzt diese Nachprüfung erfolgt, dass diese vor Baubeginn erfolgen kann. Das ist nicht dem ganzen Verfahren zuzuschreiben, wenn dann höchstens dem Stadtrechnungshof, dass er so schnell arbeitet, aber eigentlich wenn diese Verzögerung nicht eingetreten wäre, dann hätten wir dieses Budget nicht vorher erstellt bekommen, dann wären jetzt schon die Bagger aufgefahren und wir hätten im Nachhinein erfahren, dass es einfach einmal Millionen mehr kostet. Es gibt noch einige weitere Dinge im Bericht. Eines, was wir jetzt nicht unbedingt auf diese Vandalenakte schieben, sondern ein Vandalenakt ist bei aller Übertreibung, die hier auch immer wieder medial transportiert wird, aber es lässt schließen auf eine Akzeptanz in der Bevölkerung, die nicht unbedingt einer 100 %igen Zustimmung entspricht und deswegen ist eben, wenn man dann sagt, man muss dieser Baustelle für 225.000 Euro immerhin bewachen lassen und gibt dann noch für Bürgerinformationen und Öffentlichkeitsarbeit 84.000 Euro aus, obwohl es in der Stadt Graz eine Extrastelle dafür gibt, obwohl die Holding eine Extrapressestelle hat, das ist dann schon viel. Wir stellen deswegen zu beiden Punkten einen Abänderungsantrag, der fordert, dass die Umsetzung des Projektes Augartenabsenkung gestoppt wird und zuerst der

BürgerInnenbeteiligungsprozess eingeleitet wird und dann erst dieses Projekt wieder neu aufgenommen wird, wenn es so weit ist.

Zu dem Finanzstück ist es eigentlich ein wortgleicher Abänderungsantrag, der jedoch noch einen weiteren Punkt vorsieht, denn es geht um die öffentliche Beleuchtung entlang der Mur die hier beim Augartenstück eingerechnet wurde. Allerdings wird die Beleuchtung ja das ganze Murufer entlanggeführt. Wir sind der Meinung, das hat jetzt nichts speziell mit dem Augarten zu tun, deswegen möchten wir gerne, dass dieses Beleuchtungsstück aus diesem Augartenstück herausgenommen wird. Dem anderen Beleuchtungsstück, wo es logisch dazugehört, hinzugerechnet wird, weil wir natürlich einer neuen Beleuchtung nicht dagegenstimmen wollen. Das macht absolut Sinn, wenn man das Murufer schön erlebbar macht, das ja auch sehr gerne genutzt wird von Joggern, Spaziergängern, Radfahrern und das durchaus am Abend auch oder in der Winterzeit, wo es früh dunkel wird, auch in der dunklen Zeit. Herzlichen Dank.

*Originaltext der Abänderungsanträge:*

*zu Stück 15: A 10/5-80955/2018-6, Lebensraum Mur – Augartenabsenkung inkl.*

*Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung*

*Im Rahmen der Umsetzung des Projektes Augartenabsenkung ist eine einschneidende Umgestaltung des Augartenparks vorgesehen. Auf einer Fläche von 90 x 70 m<sup>2</sup> soll das Gelände zwischen Augartenbrücke und Augartensteg abgesenkt werden. Dadurch würden große Flächen des bekannten Parks wegfallen bzw. stark verändert. Der Radweg soll mitten durch den Park umgeleitet werden. Zahlreiche Bäume müssten für das Projekt gefällt werden. Bei einer derart gravierenden Veränderung des sehr beliebten Parks sollten die Bürgerinnen und Bürger von Beginn an eingebunden werden und nicht erst bei den Gestaltungsdetails.*

*Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden*

**Abänderungsantrag:**

*Die Umsetzung des Projektes Augartenabsenkung wird gestoppt und ein BürgerInnenbeteiligungsprozess wird eingeleitet. Eine Realisierung des Projektes erfolgt nicht ohne Abstimmung mit der Bevölkerung. Die Erneuerung und Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung entlang der Mur soll analog zum Konzept beim Abschnitt Tegetthoffbrücke bis zur südlichen Stadtgrenze auch im Bereich des Augartens realisiert werden.*

*Abänderungsantrag*

*zu Stück 14: A 8-119719/2018-4 – Abt. f. Grünraum und Gewässer, Projekt Augartenabsenkung*

*Im Rahmen der Umsetzung des Projektes Augartenabsenkung ist eine einschneidende Umgestaltung des Augartenparks vorgesehen. Auf einer Fläche von 90 x 70 m<sup>2</sup> soll das Gelände zwischen Augartenbrücke und Augartensteg abgesenkt werden. Dadurch würden große Flächen des bekannten Parks wegfallen bzw. stark verändert. Der Radweg soll mitten durch den Park umgeleitet werden. Zahlreiche Bäume müssten für das Projekt gefällt werden. Bei einer derart gravierenden Veränderung des sehr beliebten Parks sollten die Bürgerinnen und Bürger von Beginn an eingebunden werden und nicht erst bei den Gestaltungsdetails.*

*Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden*

**Abänderungsantrag:**

*Die Umsetzung des Projektes Augartenabsenkung wird gestoppt und ein BürgerInnenbeteiligungsprozess wird eingeleitet. Eine Realisierung des Projektes erfolgt nicht ohne Abstimmung mit der Bevölkerung.*

**GR Swatek:**

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin davon überzeugt, dass wir unsere Mur ins Stadtbild aktiv einpflegen sollten. Dass wir mit ihr leben sollten, statt nur neben ihr. Doch ich erwarte mir von einer Stadt, die vor hat, Olympische Spiele auszurichten, von einer Stadt, die eine millionenschwere Gondel auf den Plabutsch bauen möchte, schon, dass sie es schafft, Projektbudgets einzuhalten. Vor allem, wenn es um so etwas Simples geht, eigentlich wie Erde von A nach B zu verschieben. Da das nicht der Fall ist und wir eine Kostensteigerung von über 25 % haben, der Stadtrechnungshof hier auch aktiv wird und diese Fehler, die scheinbar hier in der Planung passiert sind, auch analysiert, bin ich dafür, dass wir dieses Stück heute hier in der Sitzung nicht abstimmen und erst darauf warten, auf welche Ergebnisse der Stadtrechnungshof überhaupt kommt. Da wir aber leider trotzdem abstimmen, werde ich gegen das Stück stimmen und hoffen, dass der Stadtrechnungshof mit seinem Bericht da noch ins Dunkle hineinsticht. Eine Sache möchte ich da noch festhalten, die mich an dem Stück auch stört und das sind wirklich auch diese 84.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit. 84.000 Euro, das klingt nicht nur viel, das ist auch wirklich viel, wenn man sich das wirklich durchüberlegt. Das sind fast schon zwei BMW X3, weil man sie heute schon einmal gehabt hat und da stellt sich die Frage schon, warum wir so viel Geld für Öffentlichkeitsarbeit ausgeben. Was möchte man mit dem Geld wirklich machen? Möchte man einfach sinnlos Inserate schalten, damit man auch sichergeht, dass die Berichterstattung wirklich positiv darüber ist, oder möchte man irgendwie noch versuchen, dass das Projekt am Schluss jetzt auch trotz dieser leider fehlerhaften Projektplanung noch gut dasteht? Ich finde einfach, wenn man Bürgerinformation machen möchte, dann soll man das auch wirklich am Bürger machen und nicht mit Inseraten und vor allem nicht mit einem so massiv übertriebenen Budget. Zwei Gründe, um den Antrag in der Form heute abzulehnen.

GR Mag. **Sippel:**

Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Gäste. Seit bald zwei Jahren ist die Koalition in dieser Stadt in Arbeit. Wir legen eine unglaubliche Geschwindigkeit auch an den Tag, ich weiß, das geht dem einen oder anderen zu schnell. Seit der Koalitionsbildung sind sehr viele Projekte umgesetzt worden, viele sind noch in Planung, ich erinnere Reform der SozialCard, wer war dagegen? Grüne, SPÖ, KPÖ. Verbesserung der Richtlinien für den städtischen Wohnbau. Wer war dagegen? Grüne, KPÖ, SPÖ. Murkraftwerk, endlich bekommen wir grünen Strom. In diesem Jahr wird es ja Gott sei Dank fertiggestellt, einen sauberen Strom in dieser Stadt. Wer war dagegen? Grüne, KPÖ. Olympische Spiele, die Chance für dieses Land und für diese Stadt, sie wäre es gewesen, wer war dagegen? Grüne, KPÖ, SPÖ. Plabutschseilbahn, Naherholungsgebiet im Westen der Stadt Graz, Aufwertung des Thalersees, wer war dagegen? Grüne, SPÖ, KPÖ. Warum wundert uns das jetzt nicht? (*Applaus*)

Im Übrigen, die Liste ließe sich noch lange fortsetzen und warum wundert es uns jetzt nicht, das ihr nicht dabei seid's, wenn wir den Lebensraum Mur aufwerten wollen? Uns wundert das ja wirklich nicht und jetzt wieder ein Theater zu machen, nur weil sich die Kosten etwas erhöhen, weil wir uns um den Umweltschutz kümmern bei diesem Projekt. Das sind ja Umweltschutzmaßnahmen, die da auch etwas mehr Kosten verursachen. Es sind Maßnahmen der Beleuchtung, damit man die Angsträume auch abschaffen. Ich glaube, dagegen kann man eigentlich gar nicht sein und die Sicherheiten, redet einmal mit euren Aktionisten und Aktivisten, dass sie sich benehmen, denn beim Murkraftwerk hat man das ja gesehen, dass sie das nicht schaffen, da wären die Kosten auch insgesamt etwas günstiger. Das heißt, es ist nicht verwunderlich, dass sie auch jetzt versuchen, dieses Theater abzuziehen. Ihr seid's die Njet Fraktionen, ihr seid's diejenigen, die nada sagen, die njet sagen. Mehr haben wir uns auch nicht erwartet. Frau Stadträtin Schwentner, ich gebe Ihnen Recht, Sie haben gesagt in Ihrer Antrittspressekonferenz, die Stadt ist kein DKT-Spiel. Ich sage Ihnen auch, die Stadt ist kein Mensch-ärgere-dich-nicht und deshalb (*lautes Lachen*) ärgere ich mich ein wenig ob dieser Destruktivität, die von diesen Fraktionen ausgeht. Sie sind auch Regierungsfraktion, weil Sie sind heute als Regiererin angelobt worden. Da würde

ich mir schon wünschen, dass man ein wenig auch ins Tun kommt, ins Regieren kommt, kurz, du hast es völlig richtig erfasst, dass man auch Verantwortung übernimmt. Fehlanzeige. Aber ihr seid's ja nicht einmal eine Opposition. Weil Opposition bedeutet ja auch immer wieder ein konstruktiver Vorschlag und den vermisse ich. Leider Gottes bleibt euch nur das Prädikat Destruktion übrig, das ist das Einzige, was ihr seid's und in Wirklichkeit wisst ihr, woran ihr mich erinnert? Ihr erinnert mich an die britischen Abgeordneten. (*Lachen*) Die sitzen auch da und wissen nicht, was sie wollen. Das große Problem ist, das die auch keine Plan B haben. Die haben auch keinen Alternativvorschlag und jetzt droht tatsächlich in Europa eine No-Deal-Lösung. Ich glaube, das ist etwas, was niemand will. Ihr macht in Wirklichkeit eine No-Deal-Politik, das tut dieser Stadt nicht gut. Insofern könnt ihr euch damit vergleichen, aber bitte lasst uns konstruktiv sein, lasst uns auch den Lebensraum Mur gestalten und glaubt mir, es kommt mit Sicherheit etwas Gutes heraus. Wenn ich da dieses Schildchen da sehe, wir fordern partizipative Stadtentwicklung. Ihr könnt die Schilder aufstellen, wir kümmern uns darum, und das haben wir ja auch schon versprochen beim Projekt Plabutschgondelbahn, dass wir uns überlegen, wie können wir direkte Demokratie bei diesen großen Projekten auch zusätzlich möglich machen. Wie können wir Bürgerbeteiligung implementieren? Da sitzen wir zusammen, beraten da intensiv und ihr könnt euch in diesem Punkt auch drauf verlassen, dass da etwas Gutes für die Stadt Graz herauskommt.

**GR Dreisiebner:**

Zum einen heißt es ja in der Geschäftsordnung, lieber Kollege Sippel, dass zur Sache geredet werden soll. Das habe ich jetzt über weite Strecken irgendwie vermisst. Weil irgendwann waren wir ja sogar schon bei Brexit und sonst was. Wie auch immer, das war eine politische Brandrede, die vielleicht in irgendwelche Festzelte, Bierzelte oder was auch immer passt, aber das hat hier mit dieser Sache relativ wenig zu tun. Auf den Anwurf, dass wir gegen alles sind, mag ich nur ganz kurz eines entgegenen oder zwei: Das eine ist, die Wirtschaftsparteien, ÖVP nennt sich ganz bestimmt eine solche und

ihr habt den Anspruch von der FPÖ ja auch immer wieder einmal gelegt, dass ihr rechnen könnt im Vergleich zu Links-Parteien, denen muss ich schon zurückgeben, dieses Projekt hat sich binnen sechs Monaten um 27 %, Beleuchtung herausgerechnet, erhöht. Was zur Folge, hat und da unterstütze ich den Kollegen Swatek sehr stark, was ja auch gestern im Planungsausschuss ein Thema war, dass es seit dem 10. 1. einen Auftrag im Stadtrechnungshof gibt für eine so genannte §-7-Prüfung, die notwendig ist, wenn in einem Projekt 10 % Steigerungen passieren, oder mehr als 10 %. In dem Fall eben ganz massiv mehr als 10 %. Diese Prüfung würde, vom 10 Jänner weg gerechnet, in einem Monat da sein. Das Stück wird heute trotzdem wieder durch dieses Haus durchgejagt. Da reden wir nicht über Bürgerbeteiligung, die zuerst aufgrund von Dringlichkeit nicht möglich war, so hat es im Juli letzten Jahres geheißt und da reden wir auch nicht darüber, dass man unter Umständen dort wieder eine Projektverteuerung hätte, nur weil man ein Monat zuwartet, um diesen Bericht zu haben oder zwei Monate zuwartet, damit auch der Kontrollausschuss das dementsprechend bearbeiten kann. Das ist das Thema, das ich euch vis á vis stelle. Weil bei der Plabutschgondel, da haben wir auch ähnliche Projektkostensteigerungen von einem Beschluss zum anderen. Auch hier diese Steigerungen. Also da frage ich schon ganz ehrlich, ob man jetzt unbedingt mit England vergleichen muss, ich würde hier bei euch und eurer Fähigkeit, wirtschaftlich zu rechnen und wirtschaftlich zu agieren, ansetzen, weil immer ist Tempo nicht gut. Wenn man vor allem gleich danach draufkommt, dass sich das Tempo nicht realisieren lässt, vor allem nicht mit den Annahmen und mit dem Kostenrahmen.

**GR Ehmann:**

Geschätzter Bürgermeister, geschätzte KollegInnen der Stadtregierung, des Gemeinderates, liebe Gäste. Ja, Kollege Sippel, das war wieder einmal ein Kabarett gegen Bezahlung, aber in diesem Fall haben wir das Glück, dass wir bezahlt bekommen und das trotzdem anhören müssen.

*Zwischenruf GR Mag. Sippel: Da habe ich schon bessere gehört.*

**Ehmann:**

Aber diese konstruktiven Vorschläge, die du angesprochen hast, die haben wir zu Hauf schon geliefert. Zu Hauf haben wir die geliefert und das kann ich jetzt wirklich überfraktionell sagen, seitens der Oppositionsparteien, dass hier vieles schon gestellt worden ist, konstruktive Vorschläge gemacht wurden, immer wieder die Betonung darauf gelegt wurde, bitte geht da mit, überlegt euch das noch einmal usw. Ich kann mich an viele Ablehnungen erinnern. An einige wenige Zustimmungen bei konstruktiven Vorschlägen, die auch Dringliche und andere Sachen betroffen haben, daran liegt es nicht, dass die Oppositionsparteien hier nicht darauf eingegangen wären oder nicht darauf eingehen würden. Ich habe ein wenig den Eindruck, dass das, wenn man schon hier auf Spiele repliziert und da ist Mensch-ärgere-dich-nicht gefallen von dir, dann muss ich sagen, dann habe ich jetzt ein wenig bei diesem Projekt den Eindruck, dass das ein „Schwarzer-Peter“-Spiel ist. Jetzt ist nur das Blöde, dass die Bevölkerung in diesem Fall den Schwarzen Peter hat. Das ist nicht so gescheit. Wenn man von Bürgerbeteiligung redet, ich bin beim Kollegen, der da gesagt hat, jetzt wird so schnell wie möglich begonnen, nur bei der Bürgerbeteiligung hätte ich mir persönlich oder meine Fraktion sich erhofft, dass bei einem derartigen Projekt, wo ein derartiger Eingriff gemacht wird, den viele Bürgerinnen und Bürger jetzt schon funktionierend verwenden, nämlich den Augarten, ob so etwas, wie es jetzt in der Ausgestaltung da ist, ob so etwas überhaupt notwendig ist, ob die Leute das überhaupt wollen und wenn sie es wollen, dann dass es vielleicht mehrere Varianten gibt einer Umgestaltung, weil die Gestaltung selbst im Zuge der Maßnahmen an der gesamten Mur, dem ist ja nichts zum Entgegen. Das heißt, das finde ich ja sogar schlau, dass sich die Stadt selbstverständlich dazu bekennt und sagt, ok im Rahmen dessen nutzen wir die Gelegenheit und gestalten wir das neu. Aber dann hätte ich mir erwartet, dass es mehrere Projektvorschläge gegeben hätte, dass es ein Projektbüro vor Ort gegeben hätte, ein Planungsbüro, damit man dort vorstellig wird und dass man sich das dort

anschauen kann, dass man sich daran beteiligen kann, Sachen einbringen kann, auch unter anderem in diesem Bereich abstimmen kann. Wir haben ja schon mehrere Anträge dazu gehabt, auch dringliche, wenn ich erinnern darf, wo wir gefordert haben genau diese Vorgehensweise, die abgelehnt worden sind von euch. Das heißt, es wäre nicht so, dass es hier nicht konstruktive Vorschläge gegeben hätte. Daher muss ich sagen, hat sich an unserer Haltung und unserer Meinung in diesem Fall nichts geändert. Wir sehen das kritisch, wir sehen das so, dass man das in dieser Form so nicht durchführen wollen und deswegen werden wir das auch ablehnen. Aber selbstverständlich werden wir diesen Zusatzanträgen, die genau darauf eingehen auf diese Veränderungen bzw. Erfordernisse und auch auf die Bürgerbeteiligung, dem werden wir natürlich zustimmen.

Kollege Sippel, ich schätze dich in den Auseinandersetzungen, es macht immer sehr viel Spaß, aber von Bürgerbeteiligung hier ernsthaft zu reden und wie wichtig das ist und das mitzunehmen usw. ich sage nur Don't Smoke auf Bundesebene, denn fast 900.000 Unterschriften liegen zu lassen und zu sagen, es ist uns wurscht, wir machen das nicht, weil es interessiert uns nicht und sich dann da herstellen und zu sagen, wie wichtig Bürgerbeteiligung ist, das ist ein bisschen zuwenig und finde ich ein wenig schade. Weil du vom Tempo gesprochen hast, dass man nicht mitkommt, das eine oder andere Mal verursacht hohes Tempo auch Unfälle und da dürfte das vielleicht passiert sein. Danke.

**StR<sup>in</sup> Schwentner:**

Nachdem ich jetzt vom Herrn Gemeinderat Sippel doch mehrmals angesprochen werde, würde ich auch gerne etwas dazu sagen. Erstens, vielleicht haben Sie die Rede nicht ganz verfolgt von mir, zum DKT-Vergleich. Das war nämlich so, dass es darin auch geheißen hat, es geht nicht nur darum, Häuser zu bauen in Graz und Hotels, es ist gut, wenn gebaut wird, wir brauchen das, die Bevölkerung wächst, wie wir wissen. Es geht auch nicht darum, nur Kraftwerke zu bauen wie im DKT, sondern es geht um den Lebensraum, den wir gestalten. Womit ich dann auch direkt anschließen kann bei

Michi Ehmann, es geht darum, dass wir transparent mit Bürgern gemeinsam schauen, was braucht diese Stadt und was braucht sie nicht. Genau beim Augarten, das ist ein Park, in dem ich mich wirklich sehr viel aufgehalten habe immer mit meinen Kindern, ich wohne in der Nähe. Ich habe das Gefühl, der funktioniert prächtig. Wenn man da im Sommer hinget zu jeder Jahreszeit eigentlich, das ist wie ein Wimmelbild, da geht es allen gut, da gibt es genug konsumfreie Zonen. Es gibt aber auch Cafés, es gibt den großen Spielplatz und ich habe den Eindruck, da passiert ein Projekt, das ohne Not durchgedrückt werden muss. Deswegen kann ich das nachvollziehen, dass man von Seiten der KPÖ, aber auch der eigenen Fraktion, sich diesen Baustopp wünscht, nämlich auch dahingehend, noch einmal gemeinsam zu schauen, was wünschen sich diese Bürgerinnen und Bürger, die alle diesen Park seit Jahren, Tag um Tag und auch am Abend und in der Nacht nutzen. Was braucht man dort und was braucht es gar nicht. Ich glaube, wir müssen, wenn es um Lebensraum geht, auch da hinschauen, dass es konsumfreie Zonen gibt. Dass nicht alles nur Eventzone werden muss und wir ein Gastroboot, Sonnenstege, die Schifffahrt und sonst was, man kennt sich auch nicht mehr genau aus. Ich habe keine Ahnung mehr, wenn ich nachvollziehen wollte, was jetzt wirklich genau kommen soll, weil es ist einmal von dem einen die Rede, dann vom anderen. Informieren Sie die Bürgerinnen und Bürger bitte, oder wir gemeinsam, was da geplant ist. Lassen Sie Anteil nehmen an einer Entscheidung und planen wir einen Lebensraum für alle.

**GR Egger:**

Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie. Ich frage mich jetzt schon, was die Opposition eigentlich will. Auf der einen Seite sagt man sehr klar, das brauchen wir nicht. Auf der anderen Seite versucht man dann doch wieder, mit Fragestellungen, Anträgen doch an Projekten mitzuarbeiten. Irgendwie passt das nicht ganz zusammen, aber es passt ganz gut dazu, wie die Opposition eigentlich in den letzten Wochen und Monaten agiert hat, nämlich immer gleich. Der

Kollege Sippel hat es heute schon angesprochen, das Tempo ist zu hoch. Das verstehen wir schon. Was mich dann wirklich wunder, und die Kollegin Pavlovec-Meixner hat sich dann da hergestellt und hat ein paar Fragen formuliert, dass die Information in den Klubs scheinbar von einer Person zur anderen nicht funktioniert. Weil genau viele von diesen Fragen, die hier jetzt formuliert wurden, haben wir gestern sehr lange in der Ausschusssitzung diskutiert und von Zeitnot habe ich zumindest nichts wahrgenommen. Wir hätten da durchaus noch Zeit gehabt, Fragen zu stellen, so war zumindest mein Gefühl. Die sind halt nicht gekommen. Gut, ich verstehe das, man muss dann ein Theater in der Gemeinderatssitzung machen, weil die ist natürlich öffentlichkeitswirksam und dann kann man natürlich ein wenig aufzeigen. Das ist mir schon klar. Ein Wort zu Kollegin Braunersreuther. Dass Sie sich da herstellen und sagen, die Vandalen-Akte, die werden medial aufgebauscht, finde ich für eine besondere Frechheit, wenn ein Bagger mit Benzin übergossen wird, das medial berichtet wird und Sie sagen, naja das ist ja nichts.

*Zwischenruf StR. **Krotzer**: Das ist nicht gesagt worden.*

**Egger**: Sie hat gesagt, die Vandalen-Akten sind medial aufgeblasen worden.

*Zwischenruf StR. **Krotzer**: Sicher nicht.*

**Egger**: Das habe ich gesagt. Und ich habe gesagt, das ist eine Frechheit, dass man sich da herstellt, wenn sie sagt, die Vandalen Akte sind medial aufgebauscht worden. Also ich meine, bei was fängt es denn dann an? Da geht es nämlich dann darum, dass ich das Gefühl nicht loswerde, das gewisse Fraktionen in dem Haus das gar nicht so schlecht finden, was dort unten passiert an Manipulation. Wenn nicht, dann erwarte

ich mir von jenen Fraktionen, die sich jetzt empören, dass sie sich lautstark davon distanzieren. Es ist immer diese Gratwanderung, ja mei, das Bisschen, was dort unten passiert, das muss man in Kauf nehmen, wenn man solche Projekte angeht. Nein, das muss man nicht. Wenn hier jetzt genau aufgelistet wird, woraus die Mehrkosten entstanden sind, auf der einen Seite auch durch eine Bewachung, die wir dort brauchen, brauchen wir in vielen Baustellen in dieser Stadt nicht, auf der anderen Seite durch zusätzliche Naturschutzmaßnahmen, die natürlich gerechtfertigt sind, wenn ich grüne Fraktion bin, würde ich sehr froh darüber sein, dass weiter Geld in diese Umweltschutzmaßnahmen investiert werden. Ich würde das positiv verkaufen. Die Kollegin Pavlovec-Meixner hat sich hier vor Ort auch anständig eingebracht, das ist auch gut so, vieles wird jetzt umgesetzt und damit würde ich das als Erfolg verkaufen. Ich bin überzeugt davon, nachdem die Frau Kollegin Schwentner auch dort in der Nähe aufgewachsen ist und den Park nutzt, Sie werden den Park weiter nutzen können. Nur die Mur wird dort endlich zugänglich sein. Ich weiß, Sie haben die Diskussionen im Gemeinderat noch nicht mitbekommen, aber der Bürgermeister hat schon sehr oft ausgeführt, warum das gemacht wird. Nämlich, damit die Mur in dieser Stadt endlich erlebbar wird. In jeder Landeshauptstadt in Österreich kann man an dem Fluss, der durch die Stadt fließt, das Leben genießen. Wovor habt ihr eigentlich Angst? Ihr habt Angst vor euch selbst. Traut euch!

**Bgm. Nagl:**

Ich darf einen ehemaligen Kollegen aus dem Gemeinderat, Gunter Linhart auch ganz herzlich auf der ZuhörerInnengalerie begrüßen, schön, dass du da bist. Ich darf mich selbst zu Wort melden.

Meine geschätzten Damen und Herren, ich möchte einmal vorausschicken, dass weder jemand in der Regierung, noch jemand im Gemeinderat unsere tägliche Arbeit und unsere Zusammenkunft im Gemeinderat als ein Brettspiel darstellen sollte. Es geht letzten Endes um die Lebensqualität in dieser Stadt und wenn die Frau Stadträtin Schwentner heute gesagt hat, dass sie sich einen Lebensraum für alle wünscht, möchte

ich antworten, indem ich sage, bislang, und das hat Kurt Egger auch gerade ausgeführt, war es ein Lebensraum für niemanden. Die Murböschungen sind mit Ausnahme, ich rede jetzt von Menschen, sind im Übrigen auch Menschen, die wählen gehen und ich freue mich, dieses Projekt ist eines, das wir, und das ist auch nichts Neues, festgeschrieben haben vor 1 ½ Jahren, als wir diese Koalition gebildet haben, in der Agenda und wir haben gesagt, wir wollen endlich, dass dieser Fluss sich nicht eingräbt, dass dieser Fluss nicht trennt, sondern dass er verbindet, dass er erlebbar wird und es gibt ganz viele Ideen, die sich dazu eignen, Bürgerbeteiligung zu leben. Für alle, die noch immer nicht wissen, warum wir auch diesen Zugang zum Wasser im Augarten haben wollen: Erstens war er von der UVP schon mitvorgeschrieben, wir haben es heute von der Kollegin Pavlovec-Meixner schon gehört, wir haben nur die Chance ergriffen und gesagt, wo kann die Mur besser erlebbar sein mitten in der Stadt als dort, wo sowieso etwas auch in der UVP vorgesehen ist? Wir haben nur mehr daraus gemacht. Da ist deswegen ein Zeitdruck darauf, weil Sie alle wissen, dass wenn wir mit diesen Grabungsarbeiten beginnen, sehr viele LKWs durch die Stadt rollen würden, wenn wir sie nicht jetzt gleich auf dieser Straße, die in der Mur drinnen ist, abtransportieren. Ich möchte nicht haben, dass wir jetzt noch zuwarten und dann vielleicht durch die Bezirke fahren mit den LKWs, sondern dass wir es durch die Mur abtransportieren können. Das wird ein toller Zugang werden und ich war mit dabei, als wir den Augarten so ausgestaltet haben, wie er jetzt da ist und es sind alle zufrieden und ich verspreche jetzt schon allen, dass wenn dieser Umbau fertig ist, der Rasen dort angewachsen ist, die Menschen sich unglaublich wohl fühlen werden und dass Kinder auch ungestört von einem Radweg bis zur Mur gehen können, dass wir das alle erleben werden. Das ist ein ganz tolles Bild. Und weil da immer die Debatte ist, ob man etwas konsumieren muss und Konsumzwang, auch so eine Geschichte, wo vor allem die grüne Fraktion seit Jahren herumläuft. In Graz gibt es so viele konsumfreie Möglichkeiten und es gibt Gott sei Dank auch viele Konsummöglichkeiten und die werden auch dort oder da kommen. Sie sind nur dort, wir haben nicht vorgesehen, dass man dort weiß Gott etwas Großes machen. Aber wenn dort das schöne Bootshaus, das sich die Paddlerinnen und Paddler so wünschen, die rufen an und

gratulieren mir und sagen, bitte durchziehen. Das ist so etwas Tolles, auch dass wir im Augarten mit unseren Booten hingehen können. Bitte nicht nachgeben. Gestern habe ich ein Telefonat gehabt, weil mir ein Bürger geschrieben hat, der an der Mur wohnt, der hat gesagt, ich möchte einmal zu euch kommen, ich möchte euch Fotos zeigen, ich wohne an der Mur. Das war deswegen kein Lebensraum für uns, weil es gestunken hat und an mehr als 50 Tagen im Jahr, weil unsere Fäkalien in die Mur hinaus gehen, so viel zum Thema Speicherkanal. Wenn wir fertig sind, wenn all das kommt, ich will das jetzt nicht aufzählen, von der Schifffahrt und all den Dingen, dann müsste man wirklich einmal ein Taferl aufstellen, vielleicht mache ich es sogar einmal, das wollten SPÖ, KPÖ und Grüne nicht. Vielleicht müssen wir das einmal tun. Ich sehe sowieso keinen Funktionär und keinen Mandatar im Süden von Graz, wo damals das Gleiche mit der Au-Wiese war. Das wird so angenommen, dass wir gar nicht wissen, wie wir uns erwehren sollen. Die Menschen nehmen diese Projekte am Fluss an. Ich glaube, ihr täuscht euch massiv, wenn ihr dagegen vorgeht. Es gibt eine Gruppe, die damit ein Problem hat, viele davon haben Verbesserungsvorschläge, das würde ich mir auch hier erwarten, aber manchmal muss man auch auf die Tube drücken. Dass im Zuge dieser Geschichte die gesamte Beleuchtung ausgetauscht wird, verdanken wir auch diesem Projekt. Weil sonst wäre so schnell keiner auf die Idee gekommen, dass durch den Umbau des Lichts, den wir schon haben, bitte daran erinnern, 1/3 des Speicherkanals war fertig, dann seid's ihr gekommen, da brauche ich gar keinen Rechnungshof und habt's gesagt, wir sollen den Speicherkanal nicht bauen, die anderen 2/3. So viel Geld in einem Kanal, den niemand benutzen kann, versenken, das ist unvorstellbar. Jetzt haben wir ihn, der Herr hat gesagt, wenn ihr Interesse daran habt, die Fotos, durch die Baustelle sind so Bauzäune und Metalle und Betonbereiche im Wasser, wo er wohnt, da hat er Fotos gemacht, weil er auch Diskussionen hatte, wieso er für den Speicherkanal ist. Er hat gesagt, das ganze Klopapier, den ganzen Dreck, der da ausgespült wird und in die Mur hineingeht, den hätte er gerne allen einmal gezeigt als Foto, weil er das gleich fotografieren gegangen ist, weil sie sich geschreckt haben. Er hat gemeint, es hat immer nur gestunken, aber ich habe gar nicht gewusst was wir da alles in die Mur lassen. Er meinte, das ist dort alles hängen geblieben wie bei einem

Sieb. So, das sind alles Beweggründe, was wir da ändern wollen. ÖVP und FPÖ haben klar gesagt, wir wollen das durchziehen. Wir lassen uns, wenn ich so sagen darf, auch nicht mehr aufhalten, weil es Sinn macht. All jene, die die ganze Zeit versuchen, diese Projekte zu torpedieren, verursachen auch eine Menge an Kosten. Ob das alles notwendig ist, weiß ich gar nicht, die Verfahren werden verzögert usw. Frau Braunersreuther, ich kann auch nur da einstimmen, wenn Sie sagen, das ist alles so harmlos, dass sich da die Bevölkerung dagegen wehrt, ist logisch. Wenn es bei Vandalen-Akten allein geblieben wären. Brandsätze zu montieren, dass Staatsanwaltschaften eingeschaltet werden müssen, Drohbriefe mit Morddrohungen zu schreiben, wo wir Gott sei Dank auch draufgekommen sind, wer es war. Sachbeschädigungen, Menschenleben riskieren, weil wenn der auf den Bagger steigt und einschaltet, fliegt der mit dem Bagger in die Luft. Falsche Anschuldigungen, Anzeigen bei Staatsanwaltschaften, die sich alle in Luft auflösen werden. All diese Dinge tragen dazu bei, dass man medial glaubt, die Menschen hätten weiß Gott was alles dagegen. Ich kann Ihnen nur sagen, die Menschen haben es im Süden angenommen, sie werden es in der Mitte der Stadt annehmen und was die Erhöhung der Kosten anbelangt, ja, 27 % sind es jetzt mehr. Aber das sind alles Dinge, die nehme ich gerne in Kauf, weil da ist jetzt noch einmal Wurzelschutz dabei, da ist einfach vermehrter Aufwand für die Umwelt mit dabei, aber das erfährt man auch erst in Verfahren, die wir angestrebt haben und wir ziehen eh in einer Urgeschwindigkeit auch UVP-Verfahren mit durch, wenn es nur irgendwie geht und da wissen Sie, dass der Kollege Wiener und vor allem sein Team auch unglaublich mithelfen. Meine Bitte ist, hier ein bisschen wieder die Emotion herauszunehmen. Ja, die Menschen sollen nachher entscheiden, ob da Schwarz-Blau etwas falsch gemacht hat oder ob die Opposition recht gehabt hat. Ich warne nur davor, die Menschen werden sich unglaublich wohl fühlen, auch in diesem Augarten. Der Radweg wird außen vorbeigehen und es werden die Kinder dort spielen und Bürgerbeteiligung wollen wir jetzt, wie wir die restlichen Dinge im Augarten und darüber hinaus in der Mur noch leben wollen. Da gibt es viele Wünsche und Ideen. Bitte fährt einfach einmal nach Amsterdam, die Lieblingsstadt der Grünen. Radfahrstadt, fährt bitte einmal dorthin.

Schaut euch an, wie die jungen Menschen mit ihren Oranje-Leiberln in kleinen Booten mit den Flaschenkühlern dort drauf um 10 Euro die Leute eine Stunde über das Wasser führen. Das ist wirklich...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Ussner**: Dann könnten wir unser Radwegesystem auch anschauen.*

**Nagl**: Daran arbeite ich gerade. Keine Sorge, ich war extra dort. Auch ein großes Projekt, das einmal kommen wird, aber jetzt ist einmal wichtig, dass wir über Lebensqualitäten reden. Die Mur ist ein Raum, der in jeder anderen Stadt genutzt wird und bei uns wird es auch so sein. Und er wird sauberer. Noch einmal, er wird sauberer, und die Beleuchtungskonzepte haben wir jetzt durchgezogen, weil wir festgestellt haben, einen Teil haben wir schon gemacht, im Augarten hätten wir vorne auch etwas gemacht, machen wir es gleich, denn es ist 50 Jahre alt diese Beleuchtung. Die ist ökologisch, naturschutzrechtlich, Insektenschutz etc. und ökonomischer. Das ist heute hier debattiert worden. Brauchen wir das alles und passt eh und trennen wir es heraus?

Jetzt haben wir einen neuen Lichtraum, punktuell, weil ihr habt das eh alles, so glaube ich, in den Ausschüssen durchdiskutiert. Ökonomisch, ökologisch, LED-Lampen, nix mehr zum Austauschen, auch vom Aufwand geringer, vandalensicherer.

*Zwischenruf GR **Dreisiebner**: Das Lichtkonzept wurde eh ausgenommen.*

**Nagl**:

Das wird ein tolles Projekt werden und ich freue mich riesig mit der FPÖ und ÖVP, dass wir das allein durchziehen können. Ihr könnt heute dagegen sein, ich würde nur noch einmal darüber nachdenken.

GR<sup>in</sup> **Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich muss jetzt doch ganz kurz auf meine Vorredner eingehen. Zum Thema Tempo, liebe Kollegen Egger und Sippel, sage ich nur ein Wort: Hundewiesen. Aber das haben wir eh als Nächstes auf der Tagesordnung und da kann man dann schauen, wie das oft mit dem Tempo in dieser Koalition aussieht. Was Verbesserung von Umweltschutzmaßnahmen betrifft, freut mich das natürlich sehr, dass du, Kurt, seriöse Arbeit wahrnimmst. Ich muss aber auch dazusagen, dass es gar nicht so einfach war, eine naturschutzrechtliche Verhandlung zu bekommen, dass es da eine ganze Menge von rechtlichen Vorbereitungen gebraucht hat, dass es da Ansuchen geben hat müssen gemäß Aarhus-Konvention, dass natürlich jetzt gelungen ist, umweltmäßig etwas zu verbessern, nämlich weil, weil die NGOs sich da so engagiert haben und so in den Verfahren unterwegs waren. Das wasserrechtliche Verfahren war von vornherein vorgesehen. Die naturschutzrechtlichen Verfahren, wenn Sie sich kundig machen, Herr Bürgermeister, wird Ihnen das bestätigt werden, da war keine öffentliche Verhandlung vorgesehen.

*Zwischenruf Bgm. Nagl: Die UVP war vorgesehen.*

**Pavlovec-Meixner:**

Nein, aber jetzt zur Augartenbucht, in der Verhandlung und was die Murböschungen betrifft, ist es schon so, dass die vorher auch genutzt wurden. Ich erinnere nur an die vielen Pfade, wenn man dort unten unterwegs war und gerade an der südlichen Mur und da waren ganz viele Menschen, denen Wildnis wichtig ist. Wildnis in der Stadt, ich weiß, da sind wir verschiedener Meinung, aber das ist immer gut genutzt worden. Das möchte ich hier einfach festhalten. Was wir nicht verstehen bei diesem Stück, wie es jetzt vorliegt und daher auch der Abänderungsantrag, ist, warum muss das jetzt unbedingt beschlossen werden? Warum kann das nicht in einigen Monaten auf der

Tagesordnung stehen, wenn einfach einiges abgeschlossen ist? Wir alle wissen, dass die Genehmigungen aus dem Wasserrecht und dem Naturschutzrecht nach wie vor offen sind. Wir alle wissen, dass es eine Projekterhöhung um 27 % gegeben hat, dass es eine neuerliche Prüfung aufgrund dieser Kostensteigerung durch den Stadtrechnungshof gibt und da würde ich mich freuen, Herr Bürgermeister, wenn Sie uns erklären könnten, warum das unbedingt jetzt sein muss, gerade angesichts dieser neuerlichen Prüfung und wo wir doch wissen, dass es tatsächlich so war, dass es eine massive Kritik gegeben hat seitens des Stadtrechnungshofes genau in diesen Punkten? Was wir wollen, Herr Kollege Egger, wir wollen einfach, dass es vor einem solchen Eingriff in einen sehr gut funktionierenden Park, wo wirklich alle Flächen sehr gut aufgeteilt sind, und das habe ich auch schon vor Monaten gegenüber dem Herrn Dipl.-Ing. Wiener eingebracht, wir wollen, dass es ein Gesamtkonzept gibt, wo man einfach weiß, wie werden in Zukunft die Flächen im Augarten bespielt, wie schaut das Nutzungskonzept aus und nicht zuerst einen Teil vom Augarten wegnehmen und dann darüber nachdenken, wie ich den Rest jetzt aufteile, ohne zu wissen, ob sich das überhaupt noch ausgehen kann. Das ist das, was wir wollen. Was die BürgerInnenbeteiligung betrifft, erinnere ich an einen Zeitungsartikel, der im Mitte Dezember erschienen, da war für Jänner groß angekündigt eine BürgerInnenbeteiligung. Ich muss ehrlich sagen, ich habe noch kein Lebenszeichen davon wahrgenommen. Scheinbar wird sich das auch weiter verzögern. Ich stelle daher seitens der Grünen folgenden

**Abänderungsantrag:**

Der Gemeinderat beauftragt den Grünraum- und Beteiligungsstadtrat Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, die längst überfällige BürgerInnenbeteiligung vorzubereiten und zu starten. Bis zum Abschluss der ausstehenden BürgerInnenbeteiligung und der Einflechtung der Ergebnisse und Erkenntnisse aus den Beteiligungsformaten wird das Projekt „Augartenabsenkung“ gestoppt. Ich bitte um Annahme.

*Originaltext des Abänderungsantrages:*

*Abänderungsantrag zu GR-Stück TO 15: Lebensraum Mur - Projekt Augartenabsenkung*

*Trotz der kürzlich veröffentlichten massiven Kritik im Bericht „Lebensraum Mur – Absenkung des Augartens und E-Personenschiffahrt“ des Grazer Stadtrechnungshofes soll nun die bestehende Projektgenehmigung für die Augartenabsenkung um weitere 744.000,- € (abzüglich Beleuchtung), das entspricht 27%, erhöht werden. Wieder soll der Grazer Gemeinderat – entgegen den Empfehlungen des Stadtrechnungshofs - finanzielle Mittel für ein Projekt beschließen, dem nach wie vor die rechtlichen Genehmigungen aus den Bereichen Wasserrecht und Naturschutz fehlen und für das dem Gemeinderat keine detaillierte Kostenaufstellung sowie keine Aufschlüsselung der Kostenteilung laut Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Graz und der Energie Steiermark („Murkraftwerk Graz Errichtungs- und Betriebs GmbH“) vorliegen. Auch die durch die vorliegende Kostensteigerung notwendige ergänzende §7-Prüfung durch den Stadtrechnungshof wird erst in rund zwei Monaten dem Kontrollausschuss vorliegen. Dieses Projekt stellt einen massiven Eingriff in den sehr gut funktionierenden und stark genutzten Grazer Augarten dar. Ein Gesamtkonzept, das darstellt, wie die im Falle einer Realisierung verbleibenden begrenzt vorhandenen Flächen im Augarten künftig aufgeteilt werden sollen sowie ein Nutzungskonzept sind noch nicht einmal in Ausarbeitung. Von der Mitte Dezember groß für Jänner angekündigten BürgerInnenbeteiligung gibt es bis dato auch kein Lebenszeichen. Im gegenständlichen Gemeinderatsstück ist sie erst für die Umsetzungsphase 2 vorgesehen, in der bereits vollendete Tatsachen geschaffen sein würden. All dies spricht für einen Projekt-Stopp und den umgehenden Start des Dialogs mit der Grazer Bevölkerung. Daher stelle ich seitens der Grünen – ALG folgenden*

**Abänderungsantrag:**

*Der Gemeinderat beauftragt den Grünraum- und Beteiligungsstadtrat Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, die längst überfällige BürgerInnenbeteiligung vorzubereiten und*

*zu starten. Bis zum Abschluss der ausstehenden BürgerInnenbeteiligung und der Einflechtung der Ergebnisse und Erkenntnisse aus den Beteiligungsformaten wird das Projekt „Augartenabsenkung“ gestoppt.*

**GR Topf:**

Genau darum ist eine gewisse Beschleunigung des Projektes notwendig. Wir wissen, dass wir im April, Mai den Aufstau in diesem Bereich haben und genau deshalb ist sozusagen auch diese Umsetzungsphase I, jetzt sage ich es als Bautechniker, von der Erschließung her von der Mur her sinnvoll und zweckmäßig. Es wäre ja ein Wahnsinn, wenn ich das so salopp formulieren würde, wenn wir eine aufgestaute Mur hätten und diese Maßnahmen, welcher Größenordnung auch immer, dann über den Augarten bewerkstelligen müssten. Ich denke schon, dass es sinnvoll ist, hier diese Situation, die jetzt noch vorhanden ist, nämlich die Aufschließung möglichst anrainerfreundlich über die Mur zu gestalten, dass das eine sinnvolle Geschichte ist und wenn man sich die Verhandlungsschriften anschaut, ich war nicht immer dabei, aber die Verhandlungsschriften sind mir bekannt, dann sind genau diese Maßnahmen, die auch hier in den Ortsverhandlungen, du hast Recht, Naturschutz ist auch eine Ortsverhandlung dann, aufgrund der Notwendigkeit auch durch die Behörde, das ist ja vorgegeben worden, eine Ortsverhandlung durchgeführt worden und genau aufgrund des Ergebnisses dieser Ortsverhandlungen, unter vielen Einwendungen, Wünschen, Anregungen mit externen Gutachten, schaut man sich das Verhandlungsergebnis an. Genau aus diesem Grund hat es dann wesentliche Umplanungen, wesentliche zusätzliche Auflagen gegeben. Man darf ja auch nicht vergessen bitte, wir haben ja auch im Bereich der Bauaufsichten nicht unerhebliche Kosten, weil das ja auch gefordert wurde. Es wurde gefordert eine ökologische Bauaufsicht, eine bautechnische Bauaufsicht, eine wasserrechtliche Bauaufsicht, das sind alles Kosten, die über den Zivilingenieurhonoraransatz natürlich Kosten mit sich bringen. Das ist jetzt vorausschauend, ich sage das noch einmal bewusst, vorausschauend fixiert worden und nicht erst dann, wenn alles umgesetzt wird, schauen wir, was hinten an Kosten

herauskommt. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, jetzt über die Kosten zu reden, weil man sie jetzt aufgrund der Verhandlungsergebnisse und der vertiefenden materienrechtlichen Verfahren jetzt in etwa abschätzen kann. Dass man das jetzt klar auf den Tisch legt und dementsprechend beschließt.

**Bgm. Nagl:**

Es liegen jetzt nur mehr zwei Abänderungsanträge vor, die KPÖ hat den zweiten zurückgezogen, den Abänderungsantrag, der zum Finanzstück vorgesehen war. Damit stimmen wir den ersten Abänderungsantrag ab, den die KPÖ gestellt hat zum Fachstück. Der zum Finanzstück ist nicht zulässig, deswegen auch zurückgezogen.

***Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne, Neos) abgelehnt.***

***Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne, Neos) abgelehnt.***

***Der Tagesordnungspunkt 14 wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne, Neos) angenommen.***

***Der Tagesordnungspunkt 15 wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne, Neos) angenommen.***

**Bgm. Nagl:**

Hundewiesen, zur Freude von Hundebesitzern und Hunden, nicht immer zur Freude von Nachbarn, das ist immer wieder unser Thema im Gemeinderat.

**Berichterstatter: GR Eber**

- 9.19 Stk. 16) A 8 -119719/2018-2     Abt. f. Grünraum und Gewässer, Hundewiesen,**  
**1. Projektgenehmigung über € 235.000 in der**  
**AOG 2019-2020,**  
**2. Budgetvorsorge für€ 210.000 in der AOG**  
**2019**

**GR Eber:**

Danke, Herr Bürgermeister, wie gehört, es geht um eine Projektgenehmigung in der Höhe von € 235.000 für drei Hundewiesen und zwar im Bereich Reininghaus / Hummelkaserne, im Bereich Straßgang – Salfeldstraße/Straßganger Straße und in Eggenberg – Baiernstraße. Diese sollen zur Umsetzung gelangen. Die Kosten liegen, wie gesagt, bei € 235.000 Ich darf daher im Namen des Ausschusses für Finanzen- und Beteiligungen folgenden Antrag stellen: Der Gemeinderat wolle beschließen: In der AOG 2019-2020 wird die Projektgenehmigung „Hundewiesen“ über € 235.000, davon für 2019 € 210.000 und für 2020 € 25.000, erteilt. Die Bedeckung von € 235.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Infrastruktur. In der AOG 2019 wird die neue Fipos „Sonderanlagen, Hundewiesen“ geschaffen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. In der AOG 2019-2020 wird die Projektgenehmigung „Hundewiesen“ über € 235.000, davon für 2019 € 210.000 und für 2020 € 25.000, erteilt. Die Bedeckung von € 235.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Infrastruktur. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

2. In der AOG 2019 wird die neue Fipos 5.81500.050900 „Sonderanlagen, Hundewiesen“ (Anordnungsbefugnis: A 10/5, Deckungsklasse:10501) mit € 210.000 geschaffen und zur Bedeckung die Fipos 6.81500.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um denselben Betrag erhöht.

***Vorsitzwechsel – Stadtrat Hohensinner übernimmt den Vorsitz (15.45 Uhr).***

**GR<sup>in</sup> Marak-Fischer:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen. Wir begrüßen natürlich grundsätzlich die Errichtung der Hundewiesen. In einer Stadt ist es für Hunde nie besonders leicht und damit auch nicht für ihre Besitzer. Je mehr Wiesen es gibt und möglichst in jedem Stadtteil, desto besser. Allerdings möchte ich schon noch kritisch anmerken, dass das jetzt aus der AOG berappt werden muss, mit Sonderbudget, und vor wenigen Monaten erst haben wir die Hundesteuer in unserer Stadt abgeschafft. Hätten wir diese Hundesteuer, wie damals auch von uns angeregt und vorgeschlagen, zweckgewidmet, eben für den Ausbau von Infrastruktur, dann könnten wir jährlich neue Hundewiesen finanzieren und müssten die nicht aus dem außerordentlichen Haushalt nehmen, sondern könnten das über diese Umwidmung auch aus diesen Einnahmen sehr zielsicher und zweckgewidmet tun. Aus meiner Sicht ist eine große Chance in diesem Bereich verpasst worden und es ist sehr zu hoffen, dass es nicht bei diesen drei Hundewiesen und bei diesen beiden Finanztöpfen bleibt, die Chance wäre sicher höher gewesen, wenn es jährliche Einnahmen in dem Bereich weiterhin gegeben hätte und das wäre sich leicht ausgegangen, auch unter Abzug der administrativen Kosten, diese weiter so zu finanzieren. Danke.

**Pavlovec-Meixner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Was die Hundesteuer betrifft, schließe ich mich natürlich total meiner Kollegin Marak-Fischer an. Ich denke mir aber, gerade dieses Stück mit den Hundewiesen, da habe ich doch im letzten Jahr doch einige Initiativen im Gemeinderat gesetzt, immer wieder nachgefragt, auch deshalb, weil es so dringend war. In Reininghaus, ich weiß nicht, wann ihr das letzte Mal in Reininghaus wart, da ist schon die Hälfte fast umgegraben. Das ist wirklich schon schwierig und es wird ja nicht nur von der Bevölkerung in der Gegend genutzt, sondern es fahren ja auch viele Grazerinnen und Grazer, die im Zentrum wohnen, nach Reininghaus und gehen dort mit ihren Hunden spazieren. Es hat wirklich einen ziemlichen Druck gebraucht und da muss ich ehrlich sagen, hat es nicht viel Tempo gegeben von der Regierungskoalition, bis da umgesetzt wird und deshalb freue ich mich total und ich kann es auch gerne von der Hundeeinitiative in Reininghaus sagen, wie sehr die sich freuen, dass es jetzt bald zu einer Umsetzung kommen wird, weil das wirklich, wirklich dringend notwendig ist. Aus meiner Sicht müssen wir da dran bleiben, weil wir alle wissen, wie sehr Graz wächst und es wird immer mehr Hunde geben. Auch wenn ich persönlich nicht der Meinung bin, dass Hundewiesen der Weisheit letzter Schluss sind, wir haben das ja auch hier diskutiert mit der artgerechten Hundehaltung, muss man einfach schauen, wie man einen guten Weg findet, damit man das Zusammenleben zwischen Menschen und Hunden in Graz verbessern kann und es auch möglichst für die Hunde artgerecht verbessern kann. Vielen Dank, dass das jetzt umgesetzt wird.

**GR Lohr:**

Sehr geehrte Damen und Herren. Jetzt nur noch einen Satz noch, weil sich die Grünen hier ein bisschen abfeiern wollten oder gesagt haben, es gehört schon auch dazu in einer Regierung zu sein, Verantwortung zu tragen, das Programm, das man mit dem Partner ausverhandelt, auch abzuarbeiten und eben wir aus freiheitlicher Sicht haben vor allem die Hundewiesen von Anfang an da in diesem Programm gehabt und jetzt

innerhalb von einem etwas mehr als einem Jahr möglich gemacht. Es fängt jetzt endlich an. Heuer werden die ersten angekauft und die letzten dann 2020 eröffnet. Da muss man schon sagen, das ist auf Betreiben von uns so gegangen und dann noch ein Dank an den Herrn DI. Wiener und auch gute Besserung, weil die Grünraumabteilung hat dieses Stück eingebracht. Noch dazu sind wir erfreut, dass die Hundesteuer seit heuer abgeschafft wurde, alles Bausteine, damit auch die Tierfreunde bei der schwarz-blauen Koalition zum Zug kommen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: GR Mag. Frölich**

- 9.20 Stk. 21) A 8 - 119719/2018-5 **Verkehrsplanung, GUST Mobil Graz,**
- 1. Projektgenehmigung über € 247.000 in der AOG 2019-2021,**
  - 2. Budgetvorsorge für € 57.000 in der AOG 2019**

**GR Frölich:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt da vor zur Beschlussfassung das Finanzstück. Das Fachstück wurde ja in Form eines schriftlichen Informationsberichtes im Verkehrsausschuss detailliert von Herrn Bauer referiert und wird im Stadtsenat behandelt. Hier geht es um die Projektgenehmigung über € 247.000 in der AOG 2019 bis 2021 und eine entsprechende Budgetvorsorge in der AOG von 2019 in der Höhe von € 57.000. Hintergrund ist diese, wie es heute die Zeitung genannt hat, Makro-Öffi, Verkehr in schlecht vom öffentlichen Verkehr erschlossenen Regionen in Graz. Die ersten drei, wo man das jetzt umsetzen will, sind Platte, Straßgang-Katzelbach und Hafnerstraße. Wie gesagt, die Details sind alle im Fachausschuss erläutert worden und ich darf im Namen des Finanzausschusses den Antrag stellen, dass in der AOG 2019 bis 2021 die Projektgenehmigung GUST-Mobil über € 247.000, davon für 2019 € 57.000 und für 2020/2021 insgesamt € 190.000, erteilt wird. Die Bedeckung von € 247.000

erfolgt durch die Umschichtung aus dem Investitionsfondsbereich Infrastruktur. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung dieses Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen etc. hervor. Unter Punkt zwei ist die Umschichtung, die neue Fipos Straßenbauten GUST in der Höhe von € 57.000 wird geschaffen und zur Bedeckung die Fipos Investitionsdarlehen und Kreditinstitute um diesen Betrag erhöht, ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. In der AOG 2019-2021 wird die Projektgenehmigung „GUST-Mobil“ über € 247.000, davon für 2019 € 57.000 und für 2020/2021 insg. € 190.000, erteilt. Die Bedeckung von € 247.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Infrastruktur. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.
2. In der AOG 2019 wird die neue Fipos 5.69000.002100 „Straßenbauten, GUST“ (Anordnungsbefugnis: A 10/8, Deckungsklasse:10805) mit € 57.000 geschaffen und zur Bedeckung die Fipos 6.69000.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um denselben Betrag erhöht.

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Mir wurde gesagt, dass der Zusatzantrag, den ich eigentlich stellen wollte, nicht geht, weil es ein Finanzstück ist. Unabhängig davon, hätte ich inhaltlich ein paar Dinge ...

**Hohensinner:**

Ganz kurz, wenn bei einem Antrag etwas Zusätzliches eingebracht wird, das Kosten verursacht, müsste man einen zusätzlichen Bedeckungsvorschlag vorsehen. Das wird so ähnlich sein wie bei den dringlichen Anträgen und deswegen wird es nicht zulässig sein. Ah, das ist nicht der Fall, der Herr Magistratsdirektor...

**Mag Haidvogel:**

Der Zusatzantrag ist nicht zulässig.

**Robosch:**

Es ist aber keine Bürgerbeteiligung gefordert.

*Zwischenruf des Magistratsdirektors unverständlich.*

**Hohensinner:** Ich würde die Frau Verkehrsstadträtin bitten, das kurz zu erklären.

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Ich war mir nicht sicher, ob du den Zusatzantrag stellst oder nicht. Das mit dem Bedeckungsvorschlag habe ich noch gar nicht berücksichtigt. Es ist aber auch ein anderer Grund, warum das jetzt noch keinen Sinn hat. Ich möchte mich aber in erster Linie einmal bedanken dafür, dass im Verkehrsausschuss das unterstützt wird und mitgetragen wird. Dieses System GUST Mobil auch in Graz einzuführen, ist sinnvoll, weil wir damit wirklich Lücken schließen können für Bevölkerungsteile, die jetzt gar keine Möglichkeit haben, dass es an ein öffentliches Verkehrsnetz angeschlossen wird, weil manchmal einfach das Straßenstück einfach zu steil ist. Unabhängig davon,

möchte ich nur gegenüber der sozialdemokratischen Partei und dir, Anna, sagen, einerseits geht es jetzt nicht, weil tatsächlich, wenn du dir jetzt wünschst, dass die Betriebszeiten, die ja jetzt von 6 bis 24 Uhr sind und wir uns sozusagen von der Stadt Graz jetzt eindocken in ein System, das es in 27 Umlandgemeinden schon gibt, und dieses System sieht vor 6 bis 24 Uhr. Wir docken uns jetzt fürs Erste einmal für 10 Monate an und dann im nächsten Jahr, im Juni 2020, endet dieses System, da wird sowieso neu ausgeschrieben und im Herbst kommen die Umlandgemeinden und wir auch sozusagen zusammen, um erstens einmal zu schauen, wie hat es in den anderen Gemeinden funktioniert, wie hat es bei uns überhaupt funktioniert, wird das angenommen und da kann man unter anderem diesen Wunsch der Betriebszeiterweiterung aufnehmen. Halte ich auch für sinnvoll, geht jetzt aber nicht, erstens haben wir die Mittel nicht und zweitens kann man jetzt kein zusätzliches System am bestehenden aufdocken. Danke aber nochmals für die Unterstützung.

StR. **Hohensinner:** Danke für die Erklärung, bitte Frau Gemeinderätin Robosch.

**Robosch:**

Das wurde mir auch schon mitgeteilt, dass es im Ausschuss thematisiert wurde, dass ja auch schon geplant ist, nach diesen 9 oder 10 Monaten diese Betriebszeiten anzugleichen quasi dieses Systems und unseres Systems und weiterhin hätte ich auch gerne für das Protokoll und für die Öffentlichkeit festgehalten, dass das natürlich eine sehr gute Zwischenlösung ist, aber es ist, wie gesagt, eine Zwischenlösung für Graz. Weil wenn man sich da die Punkte ansieht, dann ist das Grazer Stadtgebiet, das wir, meiner Meinung nach, mit dem Öffi zu erschließen haben und wenn man jetzt davon ausgeht, dass jemand mit diesem GUST-Mobil auch in die Arbeit fahren möchte, da müssen erstens, wie gesagt in meinem Antrag, die Betriebszeiten so ausgewählt sein, dass die Frühschicht mit dem Mobil zur Frühschicht fahren kann und die Spätschicht mit dem Mobil heimfahren kann. Außerdem muss man auch bedenken, dass das ja

dann Mehrkosten verursacht und deswegen hoffe ich, dass wir das heute hier thematisieren und dann in den 9 Monaten oder nach diesen 10 Monaten so evaluieren, dass wir auch schauen können, dass dort, wo öffentlicher Verkehr gebaut werden muss, diese Zwischenlösung als Zwischenlösung genutzt wird und dort, wo Mikro-ÖV wirklich sinnvoll ist, also vor allem halt am Rand, an den niedrig besiedelten Gebieten von Graz, dort ein Mikro-ÖV wirklich auch angeboten wird als Mikro-ÖV. Aber ich glaube nicht, dass es eine Alternative ist. Das hätte ich gerne fürs Protokoll und für die Öffentlichkeit festgehalten.

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Ich hätte mich doch nach der Anna melden sollen, weil natürlich der Mikro-ÖV, wie das Wort das auch sagt, niemals ersetzen kann die Netzerweiterung des Öffentlichen Verkehrs, egal ob mit Straßenbahn oder Bussen. Aber es wird immer Gebiete geben, die einfach nicht mit einer Straßenbahn oder einem Bus erreichbar sind und für das dient dieses Sammeltaxisystem, genauso wie Mikro-Angebote von Car-Sharings. Es wird immer zusätzliches Angebot brauchen. Aber ersetzt natürlich nicht eine Straßenbahnlinie z.B. in den Süd-Westen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

***Ende der Tagesordnung um 15.55 Uhr.***